

Volksrechtler-Beitrag

Verf. im ... Preis: ...
Durch die Post ...
Kassengeld ...
Namn 12 Pf. ...
Preis: Die ...
70 Pf. — ...
8 Uhr; in den ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Leitung: ...
Redaktion: ...
Verlag: ...

Stahlhelmmarsch unter Polizeischutz

120 Arbeiter verhaftet

(Eig. Bericht.) Berlin, 6. Februar.

Unter einem äußerst starken Polizeiaufgebot marschierten am Sonntagvormittag etwa 2000 uniformierte Stahlhelmer und 500 Kriegervereinsmitglieder durch die Arbeiterviertel des Nordens nach dem Lustgarten. Sämtliche Straßen, die der Zug passierte, sowie die Seitenstraßen, waren von starken Polizeikräften besetzt. Trotzdem kam es an mehreren Stellen zu ein-

druckvollen Gegendemonstrationen der revolutionären Arbeiterenschaft. Die Polizei ging mit Gummistockschlägen gegen die Demonstranten vor und verhaftete 118 Kommunisten und zwei Stahlhelmer.

Im Kriegervereinshaus fand im Anschluß an die Demonstration eine Kundgebung statt, bei welcher der Stahlhelmführer Selbke in Anwesenheit der Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich und Walbert von Preußen eine Ansprache hielt.

Mieter heraus!

Von Emil Hillein, MdR.

Am Dienstag, dem 5. Februar, findet im Reichstag die zweite Beratung des Wandergesetzes zum Mieter-schutzgesetz statt.

Der Bürgerblock will sein neues Attentat auf das Wohnrecht der Mieterschaft vollenden. Er weiß aus der amtlichen Wohnungszählung von 16. Mai 1927, daß in Deutschland eine Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.

Er weiß, daß allein zur Unterbringung der jährlich neu entstehenden Haushaltungen 200 000 Neuwohnungen erforderlich sind. Er weiß, daß jährlich rund 50 000 Altwohnungen, weil baufällig oder gesundheitsgefährlich, abgedroht werden müßten. Er weiß, daß zur Wiedererreichung der unzureichenden Wohnungsverhältnisse der Friedenszeit zehn Jahre lang mindestens 350 000 Wohnungen neugebaut werden müßten. Er weiß, daß von 1919 bis 1926 nur 1 040 000 Wohnungen, darunter ein Viertel Befehlswohnungen, neu geschaffen worden sind, das heißt, nur die Hälfte des laufenden Neubedarfs an Wohnungen durch Neubau gedeckt wurde, mithin die Wohnungsnot und das Wohnungsleiden von Jahr zu Jahr größer und unerträglicher geworden sind. Er weiß, daß nicht zuletzt infolge der fortgesetzten Mietsteigerungen Hunderttausende von proletarischen Familien obdachlos gemacht und in menschenunwürdiger Weise in Sälen, Turnhallen, Gefängniszellen, Schuppen, ausstanzten Viehwagen zusammengepfercht und dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen überantwortet wurden. Er weiß, daß viele Gemeinden mangels an Mitteln außerstande sind, die ermittelten Familien anderwärts halbwegs menschlich unterzubringen.

Das alles weiß der Bürgerblock und seine Regierung. Wir Kommunisten haben es ihnen zudem in den letzten Monaten unzählige Male in die sozial tauben Ohren gebrüllt. Die Mieterverbände haben es ihm in Hunderten von Protestschreiben immer aufs neue zu Gemüte geführt. Er blieb allem graufigen Elend zum Trotz hart und unerbittlich. Er pfeift auf die Mieter und ihr Masseneleid. Er hat kein Wohnungsprogramm und weigert sich, eins aufzustellen und durchzuführen. Im Jahre 1928 wird sich das Wohnungsdefizit erheblich weiter vergrößern. Der Bürgerblock fühlt sich als Knecht des Hauskapitals, das brutal gierig seine schamlose Mietwuchererei und Willkürfreiheit fordert. Im Wohnungsausschuß des Reichstags saßen die bezahlten Agenten des Hauskapitals, das ohne irgendeine Hemmung mit Terror und Korruption arbeitet, das Parlamentariern 500 Mark für einen halbstündigen Vortrag zahlte und ein Heer von „Wissenschaftlern“ besoldet, damit diese beweisen, daß die gesetzliche Mietbegrenzung und der Mieterschutz beseitigt werden müssen. Neben besoldeten Einpeitschern des Hauskapitals, dem Wirtschaftsparteiler Dr. Jörissen und dem Deutschnationalen Dr. Steiniger, pensioniertem Berliner Rämmerer, vielfachem Aufsichtsrat und Geschäftsführer von Grundstückspekulantenorganisationen, der sich im Wohnungsausschuß erschreute, sich als „Mieter“ vorzustellen, saßen die Vertreter der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums, die teils aus „geistiger“ Verbundenheit mit den Fleischtöpfen des Hauskapitals, teils aus Furcht vor dem hemmungslosen Terror der Hauskapitalistenverbände, teils auch aus Bürgerblocksolidarität und Wohlwollen den Mieterverbänden einen neuen Strick um den Hals legten. Am schlimmsten hervorgetan hat sich bei dem diesmaligen Attentat auf die Mieter das christliche Zentrum, und an dessen Spitze der „Arbeiterführer“ Tremmel. Er hat zeitweilig sogar die Führung bei den verschiedensten neuen Verschlechterungsanträgen gehabt. Das muß den christlichen Arbeitern und Mietern ganz eindeutig zum Bewußtsein gebracht werden.

Worin besteht das neue Attentat auf die Mieter? Dem Hauskapital soll das Kündigungsrecht zurückgegeben werden. Warum? Angeblich, um den Charakter des Privateigentums der Hausbesitzer wieder schärfer zur Geltung zu bringen. In Wirklichkeit, um die Mieter einzuschüchtern, um von ihnen „freiwillige“ höhere Mieten und die allen Klassenbestimmungen erpressen zu können, und so die

Titulescus europäische Rundreise

Rumänische Kriegspläne

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Februar.

Der rumänische Außenminister Titulescu befindet sich gegenwärtig auf einer europäischen Rundreise. Er hat bereits mit Mussolini verhandelt und weiß gegenwärtig in Paris, wo er von Briand empfangen wird. Auch zwischen Stresemann und Titulescu soll eine Besprechung, wahrscheinlich in Cannes, stattfinden, die später in Berlin fortgesetzt werden soll. Diese Reise Titulescus hat ganz zweifellos Motive, die nicht in der Öffentlichkeit genannt werden. So läßt sich die bürgerliche „Leipziger Abendpost“ — von „besonderer Seite“ — melden, daß Mussolinis ernste Befürchtungen über die Lage im Osten habe und alles ausbieten werde, um sich zu stabilisieren. Titulescus Vorschläge sollen in der Richtung gehen, daß Polen den Korridor abgibt, dafür aber im Baltikum entschädigt werde.

Entente auseinandergefallen ist, was für Frankreich einen empfindlichen Stoß in die Platte seiner europäischen Position bedeutet.

Aber damit sind die Hintergründe der Reise Titulescus noch nicht vollständig dargestellt. Vor kurzem hat Rumänien die zehnjährige Wiederkehr der „Einverleibung“ (lies: Raub) Bessarabiens gefeiert. Aber wie ein Verbrecher wird der Bojarenstaat seiner Beute nicht froh. Er fürchtet dauernd um sie, sei es wegen der feierlichen Aufrechterhaltung der Ansprüche durch die Sowjetunion, sei es wegen der wachsenden Unzufriedenheit der Bessarabischen Kleinbauern. In Mussolini glaubt Rumänien den wirksamen militärischen Verbündeten zur Verteidigung seines Raubes gefunden zu haben. Wenn jetzt, wie aus obiger Wiedergabe der bürgerlichen Pressemeldung hervorgeht, Rumänien weitergehende Pläne hat, und an eine Vereinheitlichung des Staatengürtels vom Schwarzen Meer bis zum finnischen Meerbusen denkt, dann liegt das durchaus in der Linie der rumänischen Politik. Ein Vorstoß Polens ins Baltikum als Preis für die Rückgabe des Korridors an Deutschland würde aber ganz zweifellos den Krieg in Osteuropa bedeuten, der in seinen Konsequenzen nur der Auftakt des Kampfes gegen die Sowjetunion sein kann.

Gewöhnlich wird von den abgeklärten Bürgerlichen und Sozialdemokratischen Politikanten die Behauptung der Sowjetunion, daß sie sich durch englisch-italienische Treibereien bedroht fühle, als „lize Idee“ hingestellt. Wie dumm und verbrecherisch eine solche Haltung ist, zeigt erneut diese Reise Titulescus, der mit der rumänischen Führgeschmüre bei verschiedenen europäischen Pulverfassern Besuche macht...

R. Die Reise des rumänischen Außenministers Titulescu, über die offiziell nur ganz belanglose Kommentare gegeben werden, hat in Wirklichkeit eine hochpolitische Bedeutung.

Zunächst ist sie ein Symptom der wachsenden Isolierung Frankreichs durch die englisch-italienischen Bestrebungen. In Rumänien hatten sich die italienischen und französischfreundlichen Kräfte bisher die Waage gehalten. Seit dem Tode des älteren Vratianu scheint Mussolini die Oberhand bekommen zu haben. Während die französisch orientierte Kleine Entente, deren Mitglied Rumänien formell noch ist, über einen Protest zur Waffenschiedungsaffäre von St. Gotthard beriet, wollte Rumänien Außenminister in Rom. Die letzten Wochen lassen keinen Zweifel daran, daß die Kleine

Differenzen auf der Pan-Amerika-Konferenz

USA. für Interventionsrecht — Argentinien protektiert

11. New York, 4. Februar. Der amerikanische Delegierte Hughes trat vor dem internationalen Rechtsausschuß der pan-amerikanischen Konferenz für die Annahme der Entschlieung des peruanischen Delegierten ein, dahingehend, daß jede Regierung Südamerikas Recht auf eigene Verwaltung habe, gleichzeitig aber dafür sorgen müsse, daß innerhalb der Landesgrenzen Ordnung und Frieden herrsche. Sollte es den betreffenden Regierungen nicht möglich sein, für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu sorgen, so seien die anderen Regierungen ermächtigt, einzugreifen. (Wie USA. in Mittelamerika. Die Red.)

Der argentinische Vertreter gab darauf die sensationelle Erklärung ab, worin er betonte, daß der führende Grundgedanke der amerikanischen Regierung der sei, nicht in innere Angelegenheiten der übrigen Regierungen einzugreifen. Er beantragte die Abänderung des Berichtes des peruanischen Delegierten dahin, daß jegliche Interventionen verboten werden soll. Der argentinische Vertreter erklärte, daß die argentinische Regierung niemals zugunsten irgend einer Staatsangehöriger in Angelegenheiten anderer Nationen einzugreifen werde. Verschiedene andere kleine Republiken unterstützten diese Meinung.

Mittelamerika gegen Lindbergh

Portorico fordert seine Freiheit wieder.

11. London, 5. Februar. Nach Meldungen aus New York ist in Haiti eine Boykottbewegung gegen den morgen erfolgenden Besuch von Olof Lindbergh entflammt. Die dortige Zeitung „Courrier Saillon“ fordert alle Bewohner Haitis auf, der Ankunft Olof Lindberghs keine Beachtung zu geben, da Lindbergh als Vertreter der amerikanischen Regierung, nicht als Freund der Bewohner von Haiti anzusehen ist. Die Zeitung „The Captain“ erklärt, daß Lindbergh mit allem seinem Ruhm begraben wäre, wenn die amerikanische Regierung ihn nicht zu Geschäftsmachereien benutzt hätte. So ist Lindbergh nichts anderes als der Reisende der Wall Street.

In San Juan (Portorico) wurde Lindbergh bei der Ankunft eine von der gesetzgebenden Körperschaft Portoricos einstimmig gefasste Resolution überreicht, in der er gebeten wird, dem amerikanischen Volk den Raub des Volkes von Portorico zu übermitteln, ihm seine Freiheit wiederzugeben, die Unschuld auch ihm wiederzugeben.

lechten Reste des Mieterschutzes planmäßig auszuhöhlen, auch ohne Abänderung des Gesetzes.

Der Bürgerblock legalisiert jetzt das bereits seit Jahren ohne gesetzliche Grundlage und rechtliche Wirkung geübte Expansionsverfahren des Hauskapitals gegenüber den Mietern. Er gibt diesem Expansionsverfahren jetzt den amtlichen Stempel in der Ueberzeugung, daß das mit dem Gerichtsstempel versehene und gerichtlich zugestellte Kündigungsschreiben die Mieter noch mehr als bisher veranlassen wird, sich der Willkür und dem Mietwucherwillen des Hauskapitals zu fügen.

Nach Annahme der Novelle wird es auf die deutschen Mieter Kündigungen regnen. Zwar soll die Kündigung nur erfolgen dürfen aus den gleichen Gründen, wie die bisherige Kündigungsallage beim Mietschiedsengericht. Aber hier schon mußten fast die Hälfte aller Klagen von den Gerichten abgewiesen werden, weil sie unbegründet waren. Ein verlorener Prozeß machte aber immerhin Kosten. Eine Kündigung ist dagegen spottbillig. Erhebt der Mieter Widerspruch, so kann man es ja bei der Einschüchterung durch die Kündigung belassen und braucht nicht zu klagen. Erhebt er keinen Widerspruch, so wird er zu räumen gezwungen, nötigenfalls mit Gewalt obdachlos gemacht und dann kann man von dem neuen Mieter Abstandssummen, höhere Mieten und allerlei Sonderleistungen erpressen.

Die Einführung des Kündigungsrechts für den Vermieter beim gegenwärtigen Zustand des Wohnungsmarktes ist direkt ein soziales Verbrechen. Sie ist eine unmoralische Spekulation auf die Unkenntnis, Unerfahrenheit und Angst breiterer Mietermassen vor der Obdachlosigkeit.

Sie wird unzählige arme Teufel obdachlos machen, die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden riesig vermehren und das Elend der Obdachlosen weiter steigern.

Ein sachliches Argument für sein Attentat wußten weder der Bürgerblock noch seine Regierung anzuführen. Ja, nicht einmal hatistisches Tatsachenmaterial, das den Abbau des Mieterschutzes halbwegs plausibel erscheinen lassen könnte, legten beide vor. Die paar winzigen Materialbrocken mußten der Regierung in harten Kämpfen abgetrotzt werden. Der neue Angriff auf die Mieter läßt sich eben nicht rechtfertigen. Er ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Mieter, auf deren

Unorganisierte als Streibbrecher gesucht

Unverschämte Kommunistenhege in Mitteldeutschland

Halle, 6. Februar. (Eig. Draht.) Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat einen neuen Vorstoß gegen die feste Front der streikenden Metallarbeiter unternommen. In einem Rundschreiben an seine Mitglieder, betitelt „Beitritt arbeitswilliger Unorganisierter“, gibt er ausführliche Anweisungen zur Erziehung und Organisierung von Streibbrecherkolonnen. In diesem Rundschreiben, das auf Beschluß einer Verbands-Vorstandssitzung zustande gekommen ist, heißt es u. a.:

„In Uebereinstimmung mit den Bezirksgruppen Magdeburg und Halle ist der Vorstand der Auffassung, daß nichts mehr dagegen einzuwenden ist, wenn nichtorganisierte Arbeitswillige im Betriebe beschäftigt werden. Falls dies nicht genügend ist, wird den Betrieben angeheimgestellt, diese nichtorganisierten Arbeitswilligen in geeigneter Form zu unterziehen. Soweit die Betriebe dazu in der Lage sind, läßt sich eine gezielte Unterweisung über bezahlter Urlaub und Anrechnung derselben auf das Jahr 1929 in Frage. Wir heben ausdrücklich hervor, streng darauf zu sehen, daß nur nichtorganisierte Arbeitswillige von dieser Regelung betroffen werden.“

Auf diese freche Provokation der mitteldeutschen Metallindustriellen wies die D.M.Z. Bezirksleitung in Halle und die Reformisten in der Zentralleitung nur mit einer erneuten Kommunistenhege zu antworten. In ihrer Erklärung zu dem Unternehmer-Rundschreiben heißt es: „... Wenn die Metallindustriellen zunächst Hoffnung haben konnten, daß durch die Einschüchterung der K.P.D. in die Bewegung und durch die Schreibelei der kommunistischen Presse ihnen Hilfe werde, so sollte man annehmen, daß sie diese Hoffnung heute begraben haben. Denn in allen Orten ist die Kameraderieparole der K.P.D. abgewiesen worden. Auch der neueste Trick der Unternehmer, die Dehnung der Betriebe, wird nicht versagen.“

Die reformistischen Führer bleiben ihrer Rolle treu: Statt alle Mittel anzuwenden, die zur Stärkung der Streikfront beitragen könnten, hegen sie gegen die kommunistisch gestimmten Arbeiter. Es ist höchste Zeit, daß die Gewerkschaftsmitglieder dieser Hege Einhalt gebieten!

Rieler Werkmeister streiken

Am 4. Februar. Bei den Deutschen Werken in Riel sind heute morgen mit Arbeitsbeginn die Werkmeister in den Rüststand getreten. Nach Mitteilung der Direktion der Werke geben die Werkmeister als Hauptgrund für den Ausstand an, daß sie durch den Streik einen Druck auf das Arbeitsministerium ausüben wollen, um die seit einigen Monaten zwischen den verschiedenen Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor dem Reichsarbeitsministerium im Gange befindlichen Verhandlungen zu beschleunigen. Von Seiten der Werkmeister wurde ausdrücklich erklärt, daß der Kampf sich nicht gegen die Deutschen Werke Riel R.G. richtet. Es ist für die Deutschen Werke unmöglich, den Betrieb ohne Mitwirkung der Werkmeister fortzuführen. In einer Werkbekanntmachung werden die Werkmeister daher aufgefordert, die Arbeit am Montag, dem 6. Februar, wieder aufzunehmen, andernfalls würde der Betrieb der Deutschen Werke Riel mittags 12 Uhr geschlossen werden.

Nachträglich wird gemeldet, daß die am gestrigen Sonntag stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind und heute fortgesetzt werden.

Indien im Aufruhr!

Die Unruhen dauern an

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Februar.

Die Zahl der Opfer bei den Unruhen in Madras hat sich auf zwei Tote und 17 Verwundete erhöht. Der Generaladvokat Sastry wurde von der Menge überfallen und ernstlich verwundet. In Kalkutta mußten Truppen eingesetzt werden. 200 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Zahl der Verletzten ist auf 80 gestiegen. Unter ihnen befindet sich auch der Polizeikommissar, Sir Legart. Zehntausend Studenten demonstrieren gegen den englandfreundlichen Rektor der Universität und mißhandeln ihn. Die Polizei hatte große Schwierigkeiten, ihn zu bereuen. Sie verhaftete über 100 Studenten. Die Protestbewegung hat sich auch auf Burma ausgedehnt. Weitere Telegramme besagen, daß die Unruhen noch nicht wieder Herr der Lage geworden sind. Die „Bombay Gazette“ bezeichnet die Nachrichten aus Indien als „außerordentlich niederschlagend“. Die „Daily Mail“ verlangt von der Vorforschungskommission, daß sie die Rechte der indischen Parteien und Parteien besonders berücksichtige, die England gegenüber nicht loyal gewesen seien.

Macdonald verurteilt in der indischen Presse einen offenen Friesel, in dem er gegen die „innige Haltung“ der indischen Nationalisten gegen die Indianenmissionen protestiert. Recht und Straft seien „ungleiche Massen“. Indien sei mit dieser Haltung im Verfall, eine gänzliche Katastrophe, ein Dominion mit „selbstverschuldetem Untergang“ zu werden, zu verurteilt. Die indischen Nationalisten hatten schon recht, als sie neben dem Bild Chamberlains auch das Macdonalds verbrannten.

Der Zollwucher vor dem Landtag

(Eig. Draht.) Berlin, 4. Februar.

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag die Debatte über den Entwurf der Landwirtschaftlichen Steuerreform fortgesetzt. Es sprach zuerst der Zentrumsmann Koenig, der die „große Not“ der Landwirtschaft“ anerkannte. Sie sei indessen bei den Kleinbetrieben nicht so groß wie bei den großen. (Mit jedem Jahre höhere Schutzzölle, insbesondere für Hartweizen, und höhere die im Interesse der Kleinbauern notwendigen Erhöhung der Zölle für die Futtermittel.) Die indischen Nationalisten hatten schon recht, als sie neben dem Bild Chamberlains auch das Macdonalds verbrannten.

Genosse Stjellerup führte in einer vortrefflich wie inhaltlich glänzenden Rede das Schicksal der Landwirtschaften über die Not der Landwirtschaft“ auf seinen wahren Wert zurück. Das Schicksal der Landwirtschaften und Landwirtschaften, in das aus was agitatorischen Gründen alle bürgerlichen Parteien eintraten, dient mit dazu, den gegenwärtigen Nationalisten die Not zu füllen und vor den Augen der Kleinbürgerlichen und sonstigen „ehrlichen“ Landwirtschaften den Bankrott der Bürgerblockpolitik, die auch die preussische Regierungspolitik mitmacht, zu verschleiern und angesichts der Kamakien die Schützen bei der Stange zu halten (Eig. Draht h. d. Komm.) Selbst die Sachverständigen des Enqueteausschusses mußten belanden, daß die Großgüter mit die einzigen sind, die ihr gesamtes Vermögen über die Inflation hinweg gerettet haben (Eig. Draht h. d. Komm.) Trotzdem führt das vorstehende Parlament über „unerbittliche Not der Landwirtschaft“. Trotz der vielen Willkuren an Kredit- und Steuererhöhungen, die in den letzten Jahren schon gewährt worden sind, verweigern nun neue Kredit- und Steuererhöhungen, noch weiter erhöhtes Maßstab zu erpressen, um die Kleinbauern ja nicht völlig zu ruinieren, um den Lebensmittelpreis zu heben. Von einer Not der Arbeiterklasse, der Sozial- und Kleinrentner, die mit kümmerlichen Löhnen oder Renten auskommen müssen, wollen die großgrundbesitzenden Herrschaften nichts wissen. Sie wollen nur ihren unerschütterlichen Reichtum wahren. Dabei hat selbst der Landwirtschaftsminister auf einem amtlichen amtlichen Material konstatieren müssen, daß die Erträge der großen Landwirtschaften in den letzten Jahren dauernd gesunken sind. Auch der Landwirtschaftsminister ist zugegen. Er besitzt sich um 10075290 Tsd. gegen 960169 Tsd. im Vorjahr. Allein darin kommt schon eine sehr nette Zunahme des Vermögens zum Ausdruck.

Die Agrarier und die kapitalistischen Parteien begründen ihre Forderungen auf Hilfe für die Landwirtschaft“ mit der Phrase der Ernährungs der Bevölkerung aus der nationalen Quelle. Dieselben Herrschaften können auch sehr warm sein. Sie sind doch selbst der Herr Erwin Reuber bemerkt, daß er, während der Reichstagsarbeit, mit dem „französischen Erbschein“ verhandelt hat, um den Kauf-

und Eisenpakt der deutschen und französischen Kapitalisten zur Sicherung der Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise zustande zu bringen.

Genosse Stjellerup ging dann noch näher auf die ostpreussischen Verhältnisse ein, wo die Großgrundbesitzer drei Viertel des Grund und Bodens in Händen haben, und stellte sich, daß alle von der kommunistischen Fraktion im Interesse der Kleinbauern gestellten Anträge von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden. Dem Kleinbauern kann nur durch die soziale Revolution geholfen werden. (Lebhaftes Bravo h. d. Komm.)

Das Wunder von Konnerzenth rebeilt!

Die bürgerliche „Telegraphen-Union“ wieder: Am 5. Februar. Die Entwicklung der Dinge in Konnerzenth hat eine sensationelle Wendung genommen. In der letzten Woche sind die in unruhigen Freitag-Bildern und Blättern ausgeblieben. Bis auf die Stigmata sind die äußerlichen Wunden verschwunden. Therese Neumann kann seit einigen Tagen wieder arbeiten und ist frisch und munter.

Therese Neumann beschäftigt sich also jetzt wieder mit Kücheltellen, Stallsägen und Wäschemaschinen. Seitdem der Badener Bergmann Bernhard Diebel in einem Berliner Varieté ihre Blutungen, Stigmata und dergleichen ohne „göttliche Hilfe“ nachgemacht hat, war ihr Heiligentanz ohnehin schon arg geäußt.

Blamiert stehen jetzt all die Dummköpfe da, die zu diesem hysterischen Bauernmädchen wallfahrten, aber ebenso auch die ja-mosen „Wissenschaftler“, die im Dienste der Kirche für die Tatsächlichkeit des „Wunders“ eintraten.

Polzeiüberfall auf ein Pariser Gewerkschaftsbüro

Die Pariser Polizei drang am 4. d. M. in das Gewerkschaftsbüro der C.G.T. ein, um den „wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam“ verurteilten Gewerkschaftssekretär Guillard zu verhaften. Bei der Durchsuchung der Räume kam es zu einem Zusammenstoß, der durch zwanzig herbeigeeilte Polizeibeamte beendet wurde. Außer Guillard wurden noch zwei andere Kommunisten gegen „Widerstand“ verhaftet.

Vom Tage

Das Reichsgericht verurteilte einen Angestellten der Prolet-Buchhandlung in Erfurt wegen „fortgesetzter Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikgesetz“ zu neun Monaten Festung und 180 Mark Geldstrafe.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags lehnte den Antrag des Oberreichsanwalts auf Verhaftung der Genossen Pief und Oberleir ab.

Das Justizministerium erteilt, daß zu einem Eingreifen wegen der Entlassung des Stahlhelmführers Schmeizer kein Anlaß vorliegt. (!)

In Wien wurde ein Albanier verhaftet, der im Verdacht steht, von dem albanischen Diktator Ahmed Zogu zu Ermordung des früheren albanischen Ministerpräsidenten Priftina angehetzt worden zu sein.

Die Gerüchte über eine geplante Verlegung des Pöller Bundes nach Wien, durch die bekanntlich ein Ansturz Oesterreichs an Deutschland verhindert werden sollte, werden jetzt energisch demontiert.

Der angebliche elässische Autonomist Jovan von Bulach, ein bormierter, polkender Großgrundbesitzer, der zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt ist, ist jetzt zum Beweise seiner Untertänigkeit einer französischen Monarchistenorganisation (!) beigetreten.

Im Prozeß vor dem Bularester Kriegsgericht hielt der ehemalige kommunistische Abgeordnete Paris Stefanow eine dreitägige Verteidigungsrede, in der er die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Rumänien darlegte.

Charlie Chaplin lehnte sein Erscheinen zu einer „Gala-Vorstellung“ in Berlin mit der Begründung ab, sein Film sei für die Massen geschaffen, die dergleichen hohe Eintrittspreise doch nicht zahlen können.

Ein Beispiel für viele

ist die Ortsgruppe Oppeln, die seit Wochen regelmäßig Sonnabends 709 Exemplare der „Wochenausgabe“ im Sonderverkauf absetzt. Das ist überall möglich. Wir empfehlen dieses Beispiel

Zur Nachahmung

Gleichgültigkeit und Dummheit die Hauskapitalrechte spekulieren. Die Vergangenheit scheint allerdings diese freche Spekulation zu rechtfertigen. Die Mieter haben bisher nicht den genügenden Widerstand aufgebracht.

Jetzt muß endlich Schluss sein mit dieser Langmut. Die Mieter müssen aktiv handeln und auf den Plan treten. Den Mietwuchsern und Mietschugräuern muß das Handwerk gelegt werden. Darum, heraus zum Protest! Nieder mit dem Bürgerblock, seiner Regierung und seinem Reichstag! Her mit einem sozialen Miet- und Wohnrecht! Her mit einem großzügigen Wohnungsbauprogramm auf Kosten der Milliarden Inflationsergebnisse des Hauskapitals! Das aber müssen sich die Mieter in zähen Kämpfen erkämpfen!

Darum: Her aus zum Kampf!

*

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zu dem Gesetzentwurf des Bürgerblocks eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, über die wir noch berichten werden.

Ein schändlicher Polizeimord

Ein schändlicher Polizeimord an einem Stollpauerer Hermann Thome wurde in Kojitz (Kreis Arnburg) begangen. Der Gendarmen-Oberwachmeister Berger verhaftete in der Polizeiwirtschaft einen „verdächtigen“ Mann, der den Polizeiwirtschaftler keine Fahrkarte gelöst hatte. Der Oberwachmeister trat an ihn mit den Worten: „Hände hoch!“ heran. Der Mann machte eine lachende Bemerkung und ging, die Hände in der Hosentasche, auf den Ausgang der Wirtschaft zu. Der Gendarmen-Oberwachmeister nahm dies als „Fluchtversuch“ und schob den Mann sofort nieder, angeblich, weil er fürchtete, der Mann würde eine Revolver aus der Hosentasche ziehen. Der nach wenigen Schritten tot zusammenstürzende Mann erwies sich dann als der Stollpauerer Thome. Der Gendarm will ihn angeblich für den Raubmörder Prinz gehalten haben, obwohl dieser in einem anderen, weit entfernt liegenden Gebiet gefasst wurde.

Kullerter Schwindel

Moskau, 5. Februar. (Telegraphenagentur d. Sowjetunion.) Die Weltschau eines deutschen Blattes, wonach Tschitschewin angeblich die Entlassung aller ausländischen Kommunisten aus den sowjetischen Anstaltskonzentrationen angeordnet hat, ist aus der Luft gegossen. Eine beratende Verfügung ist, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt, nicht erlassen worden.

Damit ist wieder einmal ein Schwindel, mit dem besonders die „Opposition“ und der „Kaiser Postillon“ die Arbeiter gegen die Sowjetunion zu hegen versuchte, als „liberale“ Schwindel entlarvt.

Oberschlesien

Gäuberungsaktion auf der Hedwig-Bunischgrube

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Am 31. Januar und 31. Februar wurde einem Teil der Belegschaft der Grube die Arbeit gekündigt. Die reaktionäre Verwaltung unter der Leitung des berühmten Direktors Hoffmann (Sohn eines Breslauer Studienrats) versteht es sehr gut, den Betrieb zu kubern. Alle unliebsamen Proleten, die nicht im Turnverein Borzigwerk, wo Hoffmann Ehrenmitglied ober Vorsitzender ist, und in der gelben Wertgemeinschaft sind, fliegen auf die Straße. Betroffen werden meistens Familienväter mit vier bis sechs Kindern, die schon manchem Anstreiber die Bahne gezeigt haben. Jetzt ist die Gelegenheit da! Man schlägt das polnische Wirtschaftskadonnen vor, daher kein Abzug, also Betriebsbeschränkung. Auf der anderen Seite ab 1. Januar neue Beförderung eines Direktors, Annahme eines Berginspektors aus Polnisch-Oberschlesien und eines Betriebsführers.

*

Die vorstehende Meldung unseres Betriebsberichterstatters zeigt den Kurs an, den die ober-schlesischen Grubenbesitzer einschlagen, um einen Druck auf die deutsch-polnischen Handelsverhandlungen auszuüben und schon jetzt Vorkehrungen gegen die bevorstehende Auseinandersetzung um Lohn und Arbeit vorzubereiten. Es ist die Frage zu stellen: Was macht der Bergarbeiterverband? Auf der Revierkonferenz am 29. Januar wurde gegen den Willen der Opposition eine Entschließung angenommen, deren wichtigste Sätze lauten:

„Die Konferenz nimmt mit Enttäufung davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber die verlangte, zwischenzeitliche Lohnerhöhungsangelegenheit haben. Von einer vorhandenen Notlage der Bergarbeiterverband kann keine Rede sein... Die Förderung im Gesamtdurchschnitt sowie pro Kopf ist gegenüber der Vorkriegszeit stark gesunken. Dagegen stehen die Reallohn der Bergarbeiter stark unter denen der Vorkriegszeit... Die Konferenz beauftragt die Organisationsleitung, zum ersten fälligen Termin die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens und des Lohnsatzes auszuspähen. Die Konferenzteilnehmer sind sich dessen bewußt, daß für die kommenden Kämpfe eine gutausgebauten Organisation der Arbeiterschaft notwendig ist, um wesentliche Vorteile zu erreichen. Sie versprechen, alles daranzusetzen, um auch die noch fernstehenden dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands als Mitkämpfer zuzuführen. Nur ein harter Bergarbeiterverband ist in der Lage, den Bergarbeitern die gebührende Achtung zu verschaffen.“

Irgendwelche konkrete Kampfmaßnahmen und Kampfziele wurden nicht beschlossen. Bergarbeiter, das muß sofort nachgeholt werden! Nehmt in Betriebs- und Zahlstellenversammlungen zu der Lage Stellung und beschließt, daß das Ziel des Kampfes die Siebenfundentage ist und unter Tage und der Achtundzwei Tage über

Tage und 1.50 Mark Zulage pro Kopf und Schicht ist. Nur auf dem Wege des offenen Kampfes wird es möglich sein, die Entlassungen zu verhindern und einen auskömmlichen Lohn zu erzielen.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes als Parteifunktionär der SPD.

Schon mehrmals waren wir gezwungen festzustellen, daß in Oberschlesien die freien Gewerkschaften vor den maroden Karren der SPD gepannt werden. Die von den Mitgliederbeiträgen bezahlten reformistischen Gewerkschaftsangehörigen haben keine Zeit, die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft vorzubereiten, dagegen mangelt es ihnen nicht an Zeit, um für die SPD zu werben. Also nicht nur ihre Zeit stellen sie in den Dienst der SPD, sondern auch den Verbandsapparat und die Mittel des Verbandes. Folgendes Schreiben des Bezirksleiters Kossahl auf Papier mit dem gedruckten Kopf des Bergarbeiterverbandes bestätigt unsere Feststellung.

Gleiwitz, den 17. Januar.
An den Kollegen Peter Ohmann.
Werter Genosse! Unbel sende ich Dir ein neues Parteibuch zu. Bisher hat von Deinem Lebertritt noch niemand etwas erfahren. Die Sache ist also erledigt. Du bist ab 1. 1. 1928 als Mitglied der Partei.
Mit kollegialem Gruß

Kossahl.
Um diesen Renegaten, der glaubte, Mitglied der SPD und gleichzeitig der SPD sein zu können, das Parteibuch der SPD zuzustellen, wurde nicht nur das Papier des Verbandes verwendet, sondern auch das Porto aus der Verbandskasse getragen sowie die Stempel in Anspruch genommen. Was Geldes Kind dieser Ohmann ist, beweist seine Weigerung, die Funktion als Gemeindefunktionär niederzulegen. Schon vor längerer Zeit hatte sich Ohmann durch sein Verhalten bei verschiedenen Abstimmungen in der Gemeindevorstellung von der Partei entfernt und die Mitglieder der Ortsgruppe verlangten seinen Ausschluß. Die Bezirksleitung dagegen verfuhr bis zuletzt, Ohmann von seinem konterrevolutionären Wege abzuhalten. In der letzten Mitgliederversammlung hatten die Mitglieder nur ein Wort für Ohmann: „Scheidungslump“. Gestagt, warum er zur SPD geht, erklärte er: „Ich war einmal mit Kossahl und Genossen zusammen, und da sie mich drängten, zur SPD überzutreten, sagte ich, nun gut, ich werde einmal zu euch kommen. Darauf schickte man mir das Buch zu.“

Wirkt, ein „überzeugter“ Klassenkämpfer. In den Augen der Arbeiterschaft ist Ohmann entlarvt. Mitglieder des Bergarbeiterverbandes, duldet nicht, daß eure Beiträge für die Förderung der SPD vermandt werden!

Aus der Partei

Ein besonderer Fall veranlaßt uns, folgendes der Mitgliedschaft zu unterbreiten: Im städtischen Betrieb Gleiwitz wurde in einer Wäscherei am 13. Dezember 1927 die Verordnung erlassen, daß anfast neun Stunden nur acht Stunden gearbeitet wird. Ein Lohnausgleich wurde nicht gezahlt. Die Arbeiter dieser Abteilung erlitten eine Lohnreduzierung und verlangten, daß die alle neun-stündige Arbeitszeit wieder eingeführt wird. Ein Parteigenosse vertat diese Forderung der Arbeiter vor dem Magistrat. Das Sekretariat hat diesem Genossen mitgeteilt, daß die Partei sein Verhalten nicht billigt. Nicht die Forderung auf Einführung der alten neun-stündigen Arbeitszeit durfte erhoben werden, sondern um die Forderung eines Lohnausgleichs zu erheben und mit allen Mitteln durchzuführen. Die Behre für die Arbeiterschaft aus diesem Falle ist, daß die Frage des Achtundzwei und Achtundzwei im engsten Zusammenhang mit der Lohnfrage steht und die Eringung des Achtundzwei nur eine Frage des Kampfes der Arbeiter sein kann.

Bezirksleitung Oberschlesien der SPD

Mitteilung der Gauführung der Oberschlesien

An die Ortsführungen folgender Ortsgruppen: Cosel, Krosch, Neuland, Biegenhals, Mielitz, Bankau, Kgl. Neuborf, Lositz, Pilschowitz, Niederwitz und Zaborze 2. Abteilung.

Sonderbericht sind noch nicht an die Gauführung eingeleitet worden. Die Ortsführungen werden zur Verantwortung gezogen, wenn selbige nicht umgehend ausgefüllt an uns eingeleitet werden.

An alle Orts- und Abteilungsführungen: Arbeitspläne in wöchentliche Ausfertigung sofort an die Untergruppen einleiten. Sämtliche Monatsberichte bis zum 7. Februar ausgefüllt an die Gauführung einleiten.

An die Untergruppenführungen: Die Kameraden der Untergruppen müssen die sämtlichen Ortsgruppen auf ihre Pflichten hinweisen. Sie sind verantwortlich für die in ihrem Untergruppen befindlichen Ortsgruppen. Mit Rot Front!

Die Gauführung Oberschlesien.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Oppeln, C-Vorkampf. Mittwoch 20 Uhr Versammlung im Schützenhaus
Roter Frontkämpfer-Bund
Oppeln. Dienstag 19,30 Uhr Funktionärsführung im Schützenhaus.
Oppeln. Sonnabend 19,30 Uhr Segnerabend im Schützenhaus.
Somawino. Sonnabend 19 Uhr Lichtbildvortrag.
Gogolin. Sonntag Theateraufführung mit Unterstützung der Oppelner Schalmeyerkapelle bei Hausdorf.

Rundfunkprogramm

Montag, 6. Febr. 16.30: Walzer-Nachmittag. Strauß: Lorelei-Rheinlänge. — Cagliostro. — Wiener Fresken. — Nobrecht: Alte und neue Walzer. — Morana: Sieka am Gardajee. — Translatour: Wiener Bräutchen. — Morana: Sieka am Gardajee. — Translatour: Frühlingstimmen. — Funtpelle. — 18: Gleiwitz: A. Sgobrot: Stunde des Oberleiters. — 18.30: Jng. Jng. Jng. Jng. — Streifzug durch das Reich der Erfindungen. Vain als Erfinder. — 19.05: Berichte über Kunst und Literatur. — 19.45: C. Landsberg: Bild in die Zeit. — 20.10: Gleiwitz: Erinnerung an Wien. — 20.15: Wunderlich (Violin), Th. Knapp vom Stadt. — 20.15: Wiener C-dur. — Kreisler: Caprice Wienoise. — Kreuzer: Pöbel- lied aus Verchwender. — Wid: Wiener Väterlied. — Kutschera: Weib: du, Mutter. — Kreisler: Liebeslied. — Liebeslied. — Ziehrer: Wie ich noch einmal jünger war. — Waldemar: Die Romanisierung der Weiber. — Arnold: Ueber Himmelsleiter, was ist das? — Stolz: Ich will ma Ruh habn. — Ordo: Souvenir. — 21.10: Simons: längster Dichtung. Marga Muff-Stenz (Rez.) Werke von Werfel, Laster-Schiller, Beunide, Jacz, Jng. Siedler, Dillauer, Däubler, Halenever, Schmädle. — Anshl.: Abendberichte, Berichte des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Dienstag, 7. Februar. 15.45: Stunde mit Büchern. — 16.30: Funtpelle. — 16.30: Funtpelle. — 18: Chefredakteur Strobo: Zeitgemäßes Wirtschaftspragen. — 19: Dr. Landsberger: Die beiden Holbeins. — 19.30: Felix Braun liest aus eigenen Werken. — 20.30: Sin- Korgert. Leit. Fr. Kauf (Gleiwitz). Mozart: Sinf. D-dur. — Strauß: Ein. Fr-moll. Sinf. Landesord. — Anshl.: Abendberichte, Mitteilungen des Verb. der Freunde. — 22.30: Schallplattenkonzert.

Mittwoch, 8. Februar. 15.45: Stunde mit Büchern. — 16.30: Funtpelle. — 16.30: Funtpelle. — 18: Chefredakteur Strobo: Zeitgemäßes Wirtschaftspragen. — 19: Dr. Landsberger: Die beiden Holbeins. — 19.30: Felix Braun liest aus eigenen Werken. — 20.30: Sin- Korgert. Leit. Fr. Kauf (Gleiwitz). Mozart: Sinf. D-dur. — Strauß: Ein. Fr-moll. Sinf. Landesord. — Anshl.: Abendberichte, Mitteilungen des Verb. der Freunde. — 22.30: Schallplattenkonzert.

Donnerstag, 9. Februar. 16.30: Serenaden und Cavotten. — 16.30: Serenaden und Cavotten. — 18: Chefredakteur Strobo: Zeitgemäßes Wirtschaftspragen. — 19: Dr. Landsberger: Die beiden Holbeins. — 19.30: Felix Braun liest aus eigenen Werken. — 20.30: Sin- Korgert. Leit. Fr. Kauf (Gleiwitz). Mozart: Sinf. D-dur. — Strauß: Ein. Fr-moll. Sinf. Landesord. — Anshl.: Abendberichte, Mitteilungen des Verb. der Freunde. — 22.30: Schallplattenkonzert.

Freitag, 10. Februar. 16.30: Funtpelle. — 16.30: Funtpelle. — 18: Chefredakteur Strobo: Zeitgemäßes Wirtschaftspragen. — 19: Dr. Landsberger: Die beiden Holbeins. — 19.30: Felix Braun liest aus eigenen Werken. — 20.30: Sin- Korgert. Leit. Fr. Kauf (Gleiwitz). Mozart: Sinf. D-dur. — Strauß: Ein. Fr-moll. Sinf. Landesord. — Anshl.: Abendberichte, Mitteilungen des Verb. der Freunde. — 22.30: Schallplattenkonzert.

Gleiwitz

Unverändert hohe Arbeitslosenziffer. Der städtische Pressedienst Gleiwitz teilt uns mit: Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Gleiwitz sind sehr ungleich. Die offenen Stellen werden sehr spärlich gemeldet, und in der letzten Zeit fanden 418 Vermittlungen statt. Demgegenüber lagen 6245 Besuche von Arbeitslosen vor. Nach dem amtlichen Bericht hat die Arbeitsmarktlage in der abgelaufenen Arbeitswoche keine wesentlichen Veränderungen aufzuweisen gehabt. Der Zugang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, besonders in der Arbeitslosenfürsorge, nimmt weiter seinen Fortgang, welcher durch größere Entlassungen hiesiger Firmen hervorgerufen wurde. Zu melden wären zurzeit in der Arbeitslosenfürsorge Stadt: 2453 Hauptunterstützungsempfänger mit 3331 Zuschlagsempfängern männlich, 437 Hauptunterstützungsempfänger mit 23 Zuschlagsempfängern weiblich. Land: 1511 Hauptunterstützungsempfänger mit 2006 Zuschlagsempfängern männlich und 371 Hauptunterstützungsempfänger mit 24 Zuschlagsempfängern weiblich; in der Hilfslosenfürsorge Stadt: 321 Hauptunterstützungsempfänger mit 662 Zuschlagsempfängern männlich und 43 Hauptunterstützungsempfänger mit 5 Zuschlagsempfängern weiblich; Land: 122 Hauptunterstützungsempfänger mit 105 Zuschlagsempfängern männlich und 44 Hauptunterstützungsempfänger mit 6 Zuschlagsempfängern weiblich.

Flugverkehr Gleiwitz—Wien und Gleiwitz—Berlin. Am 6. Februar eröffnet die Flugbahn wieder den täglichen Flugverkehr auf der Strecke Gleiwitz—Wien—Berlin. Auf dieser Strecke ruht der Verkehr vom 7. 11. 27 bis 4. 2. 28. Die Start- und Landzeiten sind folgende: Ab Gleiwitz nach Wien 11,50 Uhr, nach Breslau 12 Uhr, Ankunft in Gleiwitz von Wien 11,40 Uhr, von Breslau 12,30 Uhr. Eine Fahrt von Gleiwitz nach Berlin kostet 60 Mark, nach Breslau 20 Mark, nach Brann 25 Mark, nach Wien 40 Mark. Das städtische Reisebüro Ring 10 gibt Auskunft und verkauft Flughelme. Sonntags wird nicht geflogen.

Jahresversammlung der Freidemter. Uns wird geschrieben: Der Verein für Freidemtertum und Feuerbestattung hielt am 15. Januar im „Bürgerhof“ seine diesjährige Generalversammlung ab, die außerordentlich besucht war. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht war zu entnehmen, daß der Verein einen mächtigen Aufschwung genommen hat. Aus der Vorstandwahl ging folgende Liste als erster Vorsitzender hervor. Der Verein wird in dem neuen Geschäftsjahr seine Tätigkeit weiter ausführen. Diskussionsabend wie bisher veranfaßt (Hotel „Zum Grafen Wollke“, Bahnhofstr. 34) und vor allem seine Werbetätigkeit und seine Propaganda weiter ausbauen. Es wird von Seiten des Vorstandes mit allen Mitteln versucht werden, die Weltanschauung anders denkender Genossen nicht zu verletzen. Die zur Diskussion stehenden Thesen werden sich vor allem mit dem Freidemtentum befassen. Bei der Gelegenheit sei auch auf die am Orte bestehende freie Schulgemeinschaft, von der noch später die Rede sein wird, hingewiesen.

Hindenburg

Sparfahigkeit und Rationalisierung. Ein Arbeiter schreibt uns: Nach der Eingemeindung ist bekanntlich der Westkreis Hindenburg aufgelöst und die Beamten und Angestellten sind in die Stadtgemeinde übernommen worden, darunter auch der Baurat Milke und sein Adjutant, der Straßenmeister Fliege, ein stammender Nationalist und Kriegerveteran. Wenn ein Arbeiter frühmorgens im Dienst mit ungeputzten Stiefeln erscheint, so bekommt er etwas zu hören. Wenn eine 67-jährige Arbeiterin, die bereits 18 Jahre bei der Stadt beschäftigt ist, zufällig in der Nähe einer Gastwirtschaft vorbeikommt, so wird sie von dem Herrn Straßenmeister gefragt, ob sie in der Kneipe war. Das Sparsystem der Beamten ist nicht zu übersehen. Die 1,5 Pfg. Lohnerhöhung im Dezember werden als eine schwere Belastung der Stadt bezeichnet. Ob die Herren auch das Gehalt des Stadtrats Kilting als zu hoch empfinden, konnten wir bisher nicht feststellen. Auch der Umstand, daß bei 34 Arbeitern ein Straßenmeister und drei Aufseher beschäftigt werden, verstößt nicht gegen ihr Sparsystem. Das nennt man kapitalistische Rationalisierung!

Ein seiner Seelsorger. Ein Arbeiter schreibt uns: Vor einiger Zeit nahm der Seelsorger von Komornil eine Neuverteilung und Erhöhung der Platzpreise in der Kirche vor. Um die Neuordnung durch-

zusehen und die rebellierenden Schäfer zu Raison zu bringen, schaut sich der Seelsorger nicht, ihnen selbst in der Kirche Vorhaltungen zu machen. So wurde am Sonntag, dem 29. Januar, ein Mädchen während des Gottesdienstes aus der Bank gewiesen. Empört verließ das Mädchen die Kirche und ging in eine andere. Darauf bestellte der Seelsorger die Eltern des Mädchens und hielt ihnen eine Strafpredigt. Die Werttätigen werden gut tun, sich nicht darüber zu unterhalten, ob der Seelsorger Recht hat, sondern sie müssen der Kirche den Rücken kehren.

Oppeln

Der neue Kommunalfriedhof
Ein Urnenhain und Platz für ein Krematorium.
Dieser Tage beschäftigt eine größere Kommission von Stadtverordneten den in Aussicht genommenen 160 Morgen großen Kommunalfriedhof hinter Halbendorf. Der schlechten Bodenverhältnisse wegen mußte man 4,3 Kilometer außerhalb der Stadt gehen. Die Umzäunung in einer Länge von 3 Kilometern soll durch Bäume hergestellt werden. Die jüdische Gemeinde wird sich an schließlich daran einen besonderen Friedhof errichten. An den tiefergelegenen Stellen war schon bei einem Meter Grundwasser zu sehen. Man will dem Übel durch Drainage abhelfen. Die gesamte Anlage des Friedhofs wird mit dem Landwerb etwa 400 000 Mark kosten. In dem Wäldchen nördlich des Kreuzerwäldchens ist bereits ein Urnenhain vorgesehen. Wir halten nach entsprechender Herrichtung diesen Platz für einen würdigen Urnenhain wie geschaffen. Die „Oppelner Nachrichten“, denen die Geistlichkeit dieser Tage öffentlich die Freundschaft gekündigt hat, können dieser zu begründenden Weisheit kein Verständnis entgegenbringen, und ergehen sich in hochfahigen Bemerkungen. Wir haben ja nichts dagegen, soll sich die Regina, die Erbin des Herrn Pöhl, ruhig ins Wasser, welches, wie schon geschildert, reichlich vorhanden ist, hineinlegen lassen. Wir halten es für zweckmäßiger, uns verbrennen zu lassen, als von acherhand Würmern gefressen zu werden. Scheinbar wissen die Leute um die Geistlichkeit noch gar nicht, daß sogar ein Platz für die Errichtung eines Krematoriums vorgesehen ist. Leider wird bis zur Verwirklichung dieses Planes noch eine ganze Weile vergehen, aber kommen wird die Zeit, wo auch Oppeln ein Krematorium haben wird.

Ein Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz kostet nur 20 Mark. Eine noble Firma ist das Baugeschäft Sandzloro, hier, Bleichstr. 33. Dort wird mehr Arbeit verlangt, als ein normaler Mensch leisten kann, und Tariflohn wird nicht gezahlt. Ebenso steht es mit der Arbeitszeit. Der Tag mit seinen 24 Stunden ist dem Herrn Maurermeister viel zu kurz. Acht bis zehn Stunden am Tage sind Luxus. Erst auf dem Arbeitsgericht kann man zu dem Tariflohn kommen. Kürzlich wurde der Maurermeister wegen Verletzung des Arbeitszeit-Gesetzes zu 280 Mark Geldstrafe verurteilt. Darauf erhob er beim Schöffengericht Einspruch, und siehe, wie es in der Republik geht, die Strafe wurde auf 20 Mark über fünf Tage fast herabgesetzt.

Die Kostlandsarbeiter lassen sich nicht länger ausbeuten. Die Willkür der profitgierigen Unternehmer gegenüber den Kostlandsarbeitern ist genügend bekannt. Auch die Firma Braukmann von hier als besonderes Ausbeutungsinstitut haben wir schon beleuchtet. Auf der Baustelle Flurstraße, im größten Dred, schufteten die Kostlandsarbeiter. Am Mittwoch, als sie in einem Schacht gehen wollten, in dem ihnen das Wasser bis weit über die Köpfe ging, verweigerten die Kollegen die Arbeit. Da jetzt ein großer Teil der Kostlandsarbeiter wieder in den freien Gewerkschaften ist, legten die Kollegen geschloffen die Arbeit nieder und gingen zur Gewerkschaft, die ihr den zuständigen Lohn bzw. die Wasserzulage sowie Wasserstiefel herausfordert soll. Der Unternehmer ist vorläufig gezwungen, die Leute an anderer Stelle arbeiten zu lassen.

Jung! RSD. Funtpelle!
Reichskonferenzmarken sofort abrechnen!
Gauführung des RSD.
Gau Oberschlesien

Sport vom Sonntag

Gesellschaftsspiele der Fußballer

V.f.L. I schlägt den Gruppenmeister V.f.B. I Brieg 2:1. Auf stark vereistem Boden standen sich obige Mannschaften gegen...

Table with 2 columns: Team names (Wader II, Union I, Union II, Sturm I, Sturm II) and scores (2:2, 5:0, 2:2, 1:2, 6:2).

Der erste Sonntag der Handballserie

Der erste Serien Sonntag verlief so, wie man erwartet hatte. Das Spiel Gandau I - 2. Abteilung I fiel wegen Spielunfähigkeit...

Resultate

Table of sports results categorized by gender (Männer A-Klasse, Männer B-Klasse, Jugend A-Klasse, Jugend B-Klasse, Sportlerinnen) and specific matches.

Notizen

Spielvereinigung 1921. In der am 21. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurden in den Vorstand folgende Sportgenossen gewählt...

Fußballsparte. Verhandlungsausschuss. Sämtliche am Sparten tag neugewählten Ausschussmitglieder haben Mittwoch, 20 Uhr, bei Firla zu erscheinen.

Berichterstatter-Vereinigung. Alle dem 1. Bezirk, Gruppe Breslau, angehörenden Vereine haben bis 12. Februar ihren Berichterstatter mit voller Adressangabe an den Obmann...

Sportvereinigung Nordost. Montag 20 Uhr bei Bondled Technikprüfung. Alle technischen und Hallenleiter müssen erscheinen.

Tagungen und Versammlungen

Bezirkstag des 1. Bezirks

Der 1. Bezirk im Arbeiter-Turn- und Sportbund, 11. Kreis, hielt am letzten Sonntag im Breslauer Gewerkschaftshaus seinen Bezirkstag ab, der von 101 Delegierten besucht war.

Wader I Breslau - V.f.B. I Dhlau 3:1 (1:1). Bei schönem Fußballwetter beginnt das Spiel. Wader ist vorläufig unvollständig, trotzdem gelingt es ihnen, in der dritten Minute durch Halbrechts in Führung zu gehen.

Union I - Stern I 5:0. Einen schönen Kampf lieferten sich obige Vereine. Die in Hochform sich befindliche Elf der Blauweissen ließ den Gegner nicht aufkommen.

Resultate

Table of football results: West I - Bratislawia I (2:0), 1921 I - V.f.B. I (4:6), 1921 II - Sparta II (3:2), V.f.L. I - V.f.B. I Brieg (2:1), V.f.L. II - V.f.B. II Brieg (0:2), V.f.L. III - Union III (1:0), V.f.L. I Jugend - Osmiz I Jugend (6:2), Wader I - V.f.B. I Dhlau (3:1).

Vornahmen. Zu dieser Sitzung fand auch die Vorsitzenden der einzelnen Vereine eingeladen. Die diesjährige Winterferienfeier findet am 15. Dezember statt.

Brieg. Die Jahresversammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonie war gut besucht. Genosse Dornist gab den Bericht von der letzten Sportarttagung.

Ströbel. Gründung eines Sportartells. Zwecks Gründung eines Sportartells fand am 29. Januar eine Versammlung statt, an der die nahe an Ströbel liegenden Sportvereine teilnahmen.

Girschberg. Generalversammlung der Arbeiter-Esperanto-Gruppe am Donnerstag in der 'Alten Hoffnung'. Der Tätigkeitsbericht ergab, daß auch in Girschberg die Bewegung fortgeschritten.

Böhm und Kaffierer Kühn. Technischer Leiter bleibt Genosse Nerlich. Neugewählt wurden als Kassenrevisoren die Genossen Büchel und Wolf, als Delegierter zum Sport- und Kulturartell Genosse Häufig.

Aus aller Welt

Posträuber Sein verhaftet

Der Raubmörder Hein, der einen Ueberfall auf ein Postamt verübt und bereits mehrere Polizeibeamte erschossen hat, ist Sonntag früh verhaftet worden.

Gaueinsturz in Budapest

In der Vorstadt Pest Erzsébet ist ein baufälliges Haus unter furchtbarem Getöse eingestürzt. Die zu Hause weilenden Kinder mehrerer in dem Hause wohnender Arbeiterfamilien wurden unter den Trümmern begraben.

Dem eigenen Kinde den Kopf abgehakt

Die anscheinend geisteskranke Frau eines Kaufmanns in Marz-neulichen hat nachts ihrem vier Wochen alten Knaben den Kopf abgehakt.

Mord und Selbstmord durch Gas

In Dresden wurde ein Ehepaar mit seinen beiden Kindern im Alter von 15 und 18 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß Mord und Selbstmord vorliegt.

55 000 Mark unterschlagen

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, hat ein Postinspektor der Oberpostdirektion Berlin Bestechungsgelder in Höhe von 55 000 Mark angenommen, die ihm in seiner Eigenschaft als Schriftführer des Post-Spar- und Darlehensvereins bei der Ausgabe von Geldern zu Hypotheken von Hypothekvermittlern angeboten wurden.

Wählt Delegierte zur schlesischen Landeserwerbslosenkonferenz



FÜR DIE PROLETARISCHE SOLIDARITÄT



„Proletarische Solidarität ist aktive Solidarität! Werdet helfende Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe!“ Prof. Alfons Goldschmidt

Für die Einheitsfront!

„Für die Internationale proletarische Solidarität“, das ist das Leitmotiv für die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe, das Leitmotiv auch für die Werbe- und Sammelkampagne, die sie in der Zeit vom 1.—15. Februar in ganz Deutschland durchführt.

Aber, so sagen viele, wenn die IAH neue Mitglieder werbt, vielleicht auch Du, das ist nur eine weitere Zersplitterung der Kampffront der Arbeiterklasse.

Was ist daran wahr?

Es steht fest, daß die Gewerkschaften die Rechte aller Hand- und Kopfarbeiter als Produzenten vertreten und darüber hinaus ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern haben. Die Partei vertritt die politischen Interessen aller Schaffenden und als dritte Säule gilt die Genossenschaft, die den Hand- und Kopfarbeiter

heißt den Bürgerlichen das Feld restlos überlassen. Und dem Gegner der Arbeiterklasse das Feld überlassen, bedeutet wahrhaft die Zersplitterung fördern. Daß wir nur wirklich notwendige proletarische Organisationen dulden, ist selbstverständlich. Die Zusammenfassung größerer Massen in proletarischen Nebenorganisationen, die wohl getrennte Wege marschieren, letzten Endes aber mit der Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften vereint den Gegner schlagen, ist notwendig. Die proletarischen Hilfsorganisationen verstärken die Schlagkraft des Proletariats. Eine solche notwendige proletarische Hilfsorganisation ist die IAH.

Die IAH hat ihre besonderen Aufgaben

Bei Streiks, Aussperrungen, bei der Unterstützung der Kinder Ausgesperrter finden sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zusammen, um gemeinsame Solidarität zu pflegen. Solidarität ist die Brücke, über die die parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zu gemeinsamen Zielen, zur Verstärkung der Kampffront aller Werktätigen marschieren.

Solidarität ist keine Wohlthätigkeit

Es gibt noch eine große Einflusssphäre der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlthätigkeit. Hier will man durch Almosensgaben erreichen, daß die einzelnen in Not geratenen Proletarier abgeholfen werden, ihren Kampf selbst aufzunehmen. Man gibt Almosen, um sie vom Schlimmsten zu bewahren, zu behüten, aber andererseits stehen die Träger der gesamten bürgerlichen Wohlthätigkeit im der Arbeiterklasse feindlichen Lager, d. h. sie bekämpfen die Verbesserung und Fortschritt, die die Werktätigen anstreben.

Die IAH fördert die Einheitsfront!

Internationale proletarische Solidarität bringt Stärkung den Kämpfenden, fest die Kämpfenden der verschiedenen Parteigruppierungen zusammen, stellt also eine einheitliche Front zum mindesten auf diesem Gebiete her.

Hier ein großer Kampf gewonnen.

bedeutet dort den Sieg erleichtern. Eine verlorene Schlacht wirkt auch bei den nicht Beteiligten lähmend. Wenn der eine Flügel der Armee geschlagen wird, kommt auch der andere in Gefahr, geschlagen zu werden. Zwei Klassen stehen sich gegenüber. Zwei Weltanschauungen ringen miteinander:

Hier Sozialismus — dort Kapitalismus!

Andere Grenzen gibt es nicht. Das gilt für alle Hand- und Kopfarbeiter. Die Kapitalisten sind international verbunden, verständigen sich

international, verbinden sich zu gemeinsamer Ausbeutung der Kolonien und der eigenen proletarischen Massen.

Die proletarische Klasse marschiert

und kämpft heute nicht geschlossen, aber jede Unterstützung von Streikenden, Gemäßigten, notleidenden Klassenkämpfern bedeutet eine Stärkung des kämpfenden Flügels der proletarischen Armee. Und je größer dieser Flügel wird, je breiter die Front aufgebaut werden kann, die Mobilisierung aktiver Solidarität, desto näher die Verwirklichung der Ziele.

Je größer die Front der proletarischen Solidarität,

desto stärker die Förderung der Einheitsfront, desto größer die Förderung des einheitlichen Kampfes.

Internationale proletarische Solidarität hilft die Welt befreien. Das ist die Parole, unter der die IAH kämpft.

Werdet Mitglied der IAH, — und ihr kämpft gegen Zersplitterung.

Lebt gemeinsam mit uns Solidarität für alle Bestrebungen, die zur Befreiung des Proletariats aller Hand- und Kopfarbeiter führen.



Gegen die Zersplitterung!

Willi Münzenberg, M. d. R.

„Die IAH kämpfte in der Vergangenheit gegen den Hunger, in der Gegenwart gegen die Vereinskündigung durch die kapitalistische Rationalisierung und wirkt durch ihre Kinderhilfe für eine sozialistische Zukunft.“

Dr. Max Hodann, Stadtarzt

„Große überparteiliche Organisationen bilden den Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterschaft. Der Mehrzahl „Solidarität und Einheitsfront“ ist die Parole der überparteilichen Internationalen Arbeiterhilfe. Darum hinein in die IAH!“

Werdet Mitglieder der IAH.

als Konsumenten gegen Übervorteilung beim Einkauf für den täglichen Bedarf zu schützen hat.

Leider gibt es auf diesem für die kämpfende Arbeiterschaft wichtigsten Gebiet eine Zersplitterung, und zwar tritt sie am unheilvollsten darin zutage, daß die Arbeiterschaft keine einheitliche Klassenfront bildet. Im Hinblick auf ihre Weltanschauung ist die Arbeiterschaft organisatorisch zersplittert. Parteipolitisch ist das Proletariat organisiert in verschiedenen Parteien, wirtschaftlich in verschiedenen Gewerkschaften. Also kein einheitlicher Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Diese Zersplitterung ist selbstverständlich ein großes Hindernis für das Proletariat.

Es gibt also eine Zersplitterung!

Befestigen die Hilfsorganisationen des Proletariats eine Zersplitterung?

Tatsache ist, daß neben den drei Säulen der Arbeiterbewegung — Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft — sehr viele Nebenorganisationen bestehen, wie z. B. Sportvereinigungen, Freizeiterbewegungen, Schachklubs, Mieterorganisationen, Rot Front, Rote Hilfe usw. Der Mensch betätigt sich nicht nur auf dem politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gebiet, sondern er hat noch andere persönliche Interessen. So gibt es bestimmte Gebiete, die weder in der Partei, noch in der Gewerkschaft, noch in der Genossenschaft ihre Erfüllung finden. Wie eben die Betreibenden von Sport, Schachspiel und anderen kulturellen wie unterhaltenden Beschäftigungen.

Man kann also feststellen, daß diese verschiedenen Vereinigungen Kreise mit bestimmten Interessen zusammenfassen. Diese Zusammenfassung bedeutet nur dann eine Zersplitterung, wenn sie ablenkt von den wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Proletariats.

Wie macht es der Gegner?

Neben seinen politischen Parteien und seinen christlichen Gewerkschaften hat er nicht umsonst eine Unmenge von Vereinen und Vereinen, die er bewirkt als Ablenkung von den Tagesforderungen und vom Klassenkampf begünstigt und gründet. Über 40.000 nicht-proletarische Vereinigungen gibt es in Deutschland. 13.000 bürgerliche Sportvereine, 9.000 ebensolche Turnvereine, 5.000 bürgerliche Fußballklubs, 8.000 Schützenvereine, 1.200 Touristenvereine, 800 Kezelsklubs, 1.250 Geflügel- und Vorklubsvereine und viele mehr.

Was sagt uns diese Aufstellung?

Diese insgesamt über 40.000 Vereine sind die Sammelbecken bürgerlicher Auffassung mit scheinbar neutralem Charakter. Neutral heißt hier, sich auf den Boden der heutigen Tatsachen stellen, sich mit ihnen abfinden, d. h. die heutigen bestehenden Verhältnisse stützen.

Was müssen wir dagegen tun?

Für die nun einmal vorhandenen Bedürfnisse des Menschen, was Sport, Unterhaltung und andere kulturelle Fragen unterwirft, proletarische Organisationen rundweg ablehnen.



Ein „christlicher“ Erzieher

In einem der Heime des Dresdener christlichen Magdalenen-Hilfsvereins sind, wie fast überall in solchen christlichen Heimen, von seiten des städtischen Jugendamtes pflegebedürftige Mädchen untergebracht. Ein dort interniertes Mädchen hat nun ein ganz besonders schweres „Verbrechen“ begangen, indem sie einer Altersgenossin — einen Kuß gab! Diese „Tat“ eines geschlechtsreifen Mädchens dürfte nach Ansicht seiner christlichen Erzieher nicht ungesühnt bleiben. Das Mädchen wurde dem Anstaltsdirektor, dem Pfarrer Hickmann, vorgeführt. Der „Ehrwürdige“ läßt es in ein Zimmer und befiehlt ihm, sich über einen Stuhl zu legen und die Rücken hochzulegen. Das Mädchen weigert sich, da greift der „Vater“ selbst ein, zwingt das Mädchen auf den Stuhl, hebt seine Kleider hoch und verprügelt ihm mit einem Stock sechs Schläge auf das Gesicht. Mit jedem Schläge verbindet der „Vater“ (der für einen Kuß strafft), die Frage an das Mädchen, ob es sich schuldig fühle, die das Mädchen mit „ja“ beantwortet muß. In der Anstalt selbst wird das Mädchen von den anderen isoliert und muß in einer Ecke Platz nehmen. Urlaubsgesuche der von den Vorlägen nichts wissenden Eltern wurden abschlägig beschieden, und erst nach vier Wochen erfuhr die Mutter des Mädchens von dem.

Jugendanschuldigt im Jugendamt Dresden ist der Freund Schumann, Sekretär der IAH, der sich sofort beschwerdeführend an das Jugendamt wandte, die sofortige Freilassung des Mädchens, genaue Untersuchung des Vorfalles und strenge Bestrafung des Herrn „Seelvorzgers“ fordernd. Das Jugendamt, das sich in einer sehr unangenehmen Situation befindet, ordnete binnen zwei Stunden die Freilassung des Mädchens aus der Zwangsverziehung an. Die Anwesenheit beschätzte dann das Dresdener Stadtparlament, dem ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Dieser Vorfall zeigt, wie wichtig die Mitarbeit der revolutionären Vertreter des Proletariats in den verschiedenen sozialpolitischen Kommissionen und Ausschüssen ist. Mehr als

bisher muß diese Tätigkeit darum in Angriff genommen werden. Die Internationale Arbeiterhilfe ist hervorragend auf diesem Gebiet sozialpolitischer Arbeit tätig. Wenn ihre Tätigkeit



erfolgreich sein soll, muß sie die Unterstützung durch alle Arbeiter finden. Mächtig in ihren Taten sein, heißt dem Klassengegner wichtige Positionen aus der Hand schlagen helfen.

Die IAH hilft den Kindern

Werbewoche der IAH vom 1.—15. Februar

In seinen wirtschaftlichen Kämpfen, zu Zeiten langer Erwerbslosigkeit muß der Arbeiter von seiner Sorge um das Schicksal seiner Kinder entbunden sein, wenn seine Kampfergie nicht erlahmen soll. Die Sorge um das körperliche Werden seines Kindes hemmt den Kämpfenden auszuhalten. Die Internationale Arbeiterhilfe, die Organisation der praktischen Solidarität aller Klassenwütten Schaffenden, versucht diese Hemmungen auszuschalten, indem sie sich in erster Linie der Kinder annimmt. Sie richtet Kinderheime und Speisestellen ein, sie versorgt Kinder und Erwachsene mit Lebensmitteln, Bekleidung und Wäsche, sie schickt die Kinder auf Wochen und Monate in ihre eigenen Ferienheime, schickt sie aus dem Kampfgebiet zu Freunden auf das Land und in die Städte anderer, nicht von der unmittelbaren Not erfaßter Gebiete und Länder.

Zehntausenden wird geholfen!

Eine gewaltige Arbeit hat die IAH in den sechs Jahren ihres Bestehens für die proletarischen Kinder geleistet. In den schlimmsten Hungermonaten des Winters 1923-24 versorgte sie in Deutschland allein täglich über 13.000 Kinder mit warmer Mittagsspeisung und mit einem Nachmittagsstrahl. Viele Tageskinderheime in fast allen Bezirken Deutschlands wurden schon damals von der IAH geschaffen. Im

Jahre 1924 konnten weit über 10.000 deutsche Arbeiterkinder zu Freunden ins Ausland geschickt werden, nach Holland, Frankreich, Oesterreich und in die Schweiz. In den folgenden Jahren konnte diese Kinderhilfsarbeit bedeutend gesteigert werden. Auch das Jahr 1927 machte in Verfolg größerer Aktionen der Arbeiterschaft, im Anschluß an die Unwetterkatastrophe im Erzgebirge Einsatz aller Kräfte für die Kinderhilfe notwendig.

Kinderhilfe in den Kämpfen 1927

Im Anschluß an die Hilfsaktion der IAH für die bei der Unwetterkatastrophe geschädigten Arbeiter sind von ihr 483 Kinder aus dem Unglücksgebiet bei Freunden in den verschiedensten Ortschaften Sachsens in Pflege untergebracht worden. Was das bedeutet, wird klar, wenn man dieser Zahl gegenüberstellt die Zahl der 260 Kinder, die der gesamte amtliche und bürgerliche Privatapparat unterzubringen vermochte. Die Kinder wurden mehrere Monate von Freunden der IAH gepflegt, bekleidet und zu vielen Ausflügen und festlichen Veranstaltungen zusammengefaßt. Beim Streik der Arbeiter der Teitz-Werke in Oelsnitz, beim Metallarbeiterstreik in Köln, beim Kampf der Bergarbeiter in Mitteldeutschland und in der Lausitz, bei vielen anderen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen des letzten Jahres konnten mehr als 3000 Kinder gepflegt, bekleidet, aus dem Kampfgebiet herausgenommen und bei Arbeiterfamilien anderer Orte in Pflege gebracht werden. Darüber hinaus sind viele hundert Arbeiterkinder bei anderen Anlässen von der IAH gespeist, bei Weihnachtsveranstaltungen beschenkt und hier wie zur Schulentlassung bekleidet worden.

Und die Behörden?

So großzügig die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe für die proletarischen Kinder ist, so gering ist aber die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit durch die staatlichen und kommunalen Behörden. Nicht ganz 42.000 M. sind im Jahre 1927 von seiten dieser Institutionen der IAH zur Verfügung gestellt worden, dazu kommen etwa 9500 M., die Landesversicherung, Krankenkassen und die Württembergische Zentralstelle für Kinderspeisung der IAH überwiesen. Durch öffentliche von der sächsischen Regierung genehmigte Sammlungen konnten rund 25.000 M. aufgebracht werden. Der bürgerliche Staat hat kein Geld für die wichtige Kinderarbeit der IAH, dafür aber überreichliche Mittel für die Rüstungen zu neuen imperialistischen Feldzügen. Die Vertreter der Arbeiterschaft in den einzelnen Staats-, Länder- und Gemeindeparlamenten müssen darum mehr als je zuvor eine stärkere Unterstützung dieser Kinderhilfsarbeit der IAH durch die Behörden kategorisch fordern.

Die Kinderhilfe der IAH ist wichtig!

Die Kinderhilfsarbeit der IAH ist von wichtiger Bedeutung. Ihre Aufgabe ist, den Arbeiterkindern, die bewußte Mitkämpfer für die proletarische Bewegung werden sollen, Hilfe angedeihen zu lassen. Diese Hilfe für die Kinder ist keine Kinderfürsorge, wie das Bürgertum sie betreibt, das mit Brot, das es dem Kinde reicht, zugleich seine Seele fangen will. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versucht die bürgerliche Gesellschaft den Geist des proletarischen Kindes im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Die IAH versucht mit ihrer Kinderhilfe diesen Einfluß zu einem Teil unwirksam zu machen.

Die IAH veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 im ganzen Reiche eine Werbe- und Sammelkampagne. Die tatkräftige Unterstützung derselben, die eifrige Mitarbeit und Sammlung für den Kinderhilfsfonds ist eine notwendige Verpflichtung für jede Arbeiterfrau. Nähere Angaben über den Umfang der Kinderhilfsarbeit der IAH enthält die vom Reichsverband anläßlich der Werbewoche herausgegebene Broschüre „Sollen die Kinder die Opfer sein?“, die bei allen Funktionären der IAH zum Preise von 10 Pf. zu erhalten ist.

Der Haushaltsplan 1928 vom Magistrat angenommen

Das städtische Presseamt schreibt: Der Magistrat hat nach eingehender Vorberatung im Haushaltsausschuss den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928, in der Gesamteinmahnung und der Gesamtausgabe sich ausgleichend, festgesetzt.

Man wird auf den Etat erst näher eingehen können, wenn seine einzelnen Postitionen bekanntgeworden sind.

Die geätzte „Internationale“

Selbst in der Politik gibt es noch manchmal (allerdings meist unfreiwilligen) Humor. Am Freitag war das wieder einmal der Fall. Da erschienen in der Arbeiterbuchhandlung auf der Feldstraße einige Kriminalbeamte.

Ja, das ist das Schöne, Herrliche in der republikanischen Welt: Sie gibt sich gern korrekt; bis auf die Seltenzahl korrekt. Die Monarchie hätte bestimmt auch die beiden übriggebliebenen Seiten der „Internationale“ vernichtet.

5 Jahre Zuchthaus für den Mordversuch auf der Sedanstraße

Am Freitag kam vor dem Schwurgericht der Raubmordversuch auf der Sedanstraße zur Verhandlung. Der Angeklagte, der 34jährige Anstreicher Alfred Mann, hat am 1. Oktober v. J. den 61jährigen pensionierten Feuerwehmann Pirbach in dessen Wohnung, Sedanstraße 9, mit einer Kohlenkugel niedergeschlagen.

Unnötige Festigkeit. Der 68jährige Handelsmann Seeliger suchte Freitag das Wohlfahrtsamt wegen eines Unterstützungsgesuches auf. Er wurde von der Pflegerin Uderholz „bernommen“, die in äußerst bestiger Weise mit dem Oriele umsprang.

Schwer verletzt wurde am Sonnabendmorgen der Gutsarbeiter Richter aus Luras-Hennigsdorf auf der Pöpelwitzer Straße aufgefunden. Er wurde nach der Polizeiwache geschafft und konnte dort nur Angaben von zwei Männern über seinen Mord zu sein.

Straßenunfall. Von der Straßenbahn überfahren wurde am Freitag vor dem Grundstück Ohlauer Straße 63 der Radfahrer Georg Effenberg, Koßpöthstraße 7 wohnhaft, der schwere innere Verletzungen davontrug.

Dr. Löwenfeld-Hünern erhielt Betrugs-Provision

Breslau, 6. Februar.

Unsere Mitteilungen zu dem Betrugsfall Bergmann und seine Breslauer Hintermänner haben gewirkt. Am Freitag hat man den Dr. Löwenfeld aus Hünern vernommen. Löwenfeld war früher einmal Mittergutsbesitzer.

Mit dem Geständnis Löwenfelds ist die zweite der „Referenzen“ der Beteiligung an dem Betrugsfall überführt. Staatsanwaltschaftsrat Jacoby wurde verhaftet, — warum nicht Löwenfeld? Und warum hört man nichts von der Ausdehnung der Untersuchung auf die anderen Referenzen?

Verhaftung. Die Kriminalpolizei verhaftete eine Frau, die wegen Vergehens gegen den § 182 des Strafgesetzbuches feldmäßig verfolgt wurde. Sie hielt sich seit drei Wochen in Breslau verborgen.

Funktionärsitzung des NFB. Dienstag, 19.30 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im „Oberstrom“, Uferstraße 47. Thema: „Proletarische Wehrpflicht“.

Theater

Aufführung im Lovetheater. „Zrommelbeber“ von Ashley Dukes.

Die Sagenfigur des Till Eulenspiegel ist in Deutschland der weisse Narr, der kluge Ratsschläger gibt. In Flandern ist Till Eulenspiegel der von glühendem Haß gegen die mordende Inquisition besetzte Streiter für die Freiheit der Flamen.

Auch Ashley Dukes ist es bei der Dramatisierung dieses Buches so wie den meisten anderen gegangen, die Bücher für die Bühne bearbeitet haben: das Drama ist schwächer als das Buch.

Für Inszenierung und dramaturgische Bearbeitung zeichnete Paul Varnay. Am dem Erfolg der Aufführung hat seine Arbeit großen Anteil. Harry Wilton, „Stil“-Bühnenbild des ersten Aktes wirkte unbegründet. Aus der großen Schär der namentlich aufgeführten Schauspieler stießen zwei heraus: Platte als Till Eulenspiegel und Josef Heim als Tilks Vater im Vorpiel und als Vogt im zweiten Akt.

Name vor genauem Nachforschen? Ober wußt die Staatsanwaltschaft noch nichts von dem Woklauf des skandalösen Einschlagschreibens Bert von Hindenburgs mitgeteilt bekommen?

Selbstverständlich werden wir diese Dinge nicht aus dem Auge verlieren. Es ist eine zu bankbare Aufgabe, einmal in die Geschäfte der Vertreter „deutscher Moral“ hineinzukucken.

Von der Polizei niedergeschossen

Die Polizei hatte Kenntnis davon erhalten, daß in dem Pfandloshaus Taschenstraße, Ecke Neue Gasse, zu Sonntagsabend ein Einbruch geplant war. Es wurden fünf Kriminalbeamte zu seinem Schutze entsandt. Kurz nach sieben Uhr betrat auch tatsächlich ein maskierter Mann, angeblich mit vorgehaltenem Revolver, die Räume des Pfandloshaus.

denunzierender Fischhändler, Josef Reichs Silberstärmer, Harry Förster als Wirt und Sigurd Lohdes auftrichterlicher Schmeiß. Von den anderen ist noch der alte Wred zu nennen.

Lobe-Theater: „Die Menschenfreunde“

Der Verfasser dieses Dramas, Richard Dehmel, war Lyriker. Unvergessen sein Lied „Der Arbeitermann“, „uns fehlt ja nichts, mein Weib, mein Kind, als all das, was durch uns gekehrt, um so läßt zu sein wie die Vögel sind, nur Heil“.

Die Geistesblitze eines Eigenbrödlers, der seine zwanzig Millionen schwere Erbschaft 15 Jahre beschließen und langsam verpuffen hat, und sein Kampf mit dem enterbten und betrogenen Vetter werden in drei Akten vorgeführt. Auf der einen Seite ein genialer grüblerischer Kopf mit Menschenkenntnis und souveräner Verachtung der ihm umschmeicheln Wohlthätigkeitshähen, die ihm Millionen über Millionen gegen nicht erwünschte Titel und Ehren abknöpfen.

Die Künstlergattung Eugen Kämpfers zeigte sich gestern in der Rolle des Christian Bach, in der er zwei Stunden das gut besuchte Haus fesselte. Kämpfers Stärke liegt nicht nur in der elementaren Kraft und Leidenschaft, die ihn besetzt, sondern in einer erhörten Körperlichkeit und geistigen Vielseitigkeit.

Donnerstag (nicht Freitag) sprechen Rechtsanw. Dr. Appel-Berlin u. Traute Hoelz-Berlin über d. Thema: Kommt Mar Hoelz frei?

Eintrittskarten zu 30 Pfg. sind bei den Funktionären der Partei und der NS. zu haben.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

106

„Gewiß! Das war ein gerader und mutiger Mann, ein Heiliger, ein Apostel! Er war mit Bernadette der große Arbeiter unserer lieben Frau von Lourdes. Wie sie, hat auch er entschlossen darunter gelitten, und er ist daran gestorben. Man weiß nichts und versteht nichts von dem Drama, welches sich hier abgespielt hat, wenn man seine Geschichte nicht kennt.“

Er erzählte dieselbe alsdann ausführlich. Der Abbé Peyramale war zur Zeit der Erscheinungen Kurat von Lourdes, ein großer, breitschultriger Mann mit mächtigem, löwenhaftem Kopf, ein Landeskind, von lebhaftem Verstand, sehr ehrenhaft und sehr gütig, aber manchmal ein wenig hitzig und herrschsüchtig.

Weg, das weiße Ziel, auf dem er zardeln konnte, und die große Aufgabe gefunden hatte, welcher er sich nun ganz mit ungestüher Begeisterung und mit seinem Bedürfnis zu fügen, hingeben sollte.

Von diesem Augenblick an hatte der Abbé Peyramale nur noch den einen Gedanken, die Befehle auszuführen, mit deren Übermittlung an ihn Bernadette von der Jungfrau beauftragt worden war. Er übernahm die Herstellung und Einrichtung der Grotte; ein Gitter wurde aufgestellt, das Wasser der Quelle kanalisiert und die Erdarbeiten behufs Freilegung der Zugänge vollendet.

Am Tage, da der Abbé Peyramale das erstmal, vom Tode errettet, vom Bett aufstand, war er abgelegt. Der Bischof, Monseigneur Laurence, hatte demselben, um ihn in seiner schweren Aufgabe zu vertreten, bereits einen seiner früheren Sekretäre als Gehilfen beigegeben, den Pater Sempé, den er zum Vorsteher der Missionare von Garaison, einem von ihm gegründeten Hause, gemacht hatte.

welchem reichen Pachtgut die Grotte mit ein wenig Geschicklichkeit werden, welches kolossale Einkommen man aus ihr ziehen könnte. Er verließ den bischöflichen Palast nicht mehr; er hatte sich des Bischofs bemächtigt, der ein sehr schwacher, aber sehr praktischer Mann war und großer Almosen bedurfte.

Alsobald begann der Kampf, einer jener lautlosen, erbitterten, tödlichen Kämpfe, wie solche unter der kirchlichen Zucht vorkommen. Eine Ursache zum Bruch war vorhanden, ebenso ein Schlachtfeld, auf dem man sich bald schlagen sollte, jedoch mit Geld, mit Millionen; der Bau einer neuen Pfarrkirche, größer und würdevoller als die vorhandene Kirche, deren Unzulänglichkeit seit dem Zusammenströmen der Gläubigen anerkannt war, wurde unternommen.

Man hatte er stets die Pilger in Prozession von der Stadt abziehen sehen, wohin sie, wie solches übrigens von Anfang an geschah, am nämlichen Abend wieder zurückkehren mußten. Man hatte daher ein Zentrum, einen Punkt der Wiederberuhmung nötig, und er dachte an eine herrliche Kirche, an eine in riesigen Verhältnissen gebaute Kathedrale, die ein ganzes Volk aufnehmen konnte.

(Fortsetzung folgt)

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Montag, 18 Uhr, in der Vorwärtskiste, Nieder-Germersdorf, wichtige Parteiarbeiterkonferenz, zu der insbesondere die im Bergbau arbeitenden Genossen und KZB-Kameraden erscheinen sollen. Thema: „Arbeiterbeschäftigung in den Parlamenten“. Referent: ein Vertreter des Zentralkomitees.

400 Mark Geldstrafe für einen Naturheilkundigen (Arbeiterkorrespondenz)

Ein Existenzkampf größerer Stil spielte sich vor kurzer Zeit vor dem Schöffengericht Waldenburg zwischen dem Naturheilkundigen und der medizinischen Wissenschaft ab. Angeklagt war der Naturheilkundige Alfred Köhler aus Ober-Waldenburg wegen „unlauterem Wettbewerb“. Die Ursache zu dieser Verhandlung ergab sich aus folgendem: Die Frau unseres Genossen Hoffmann sowie mehrere andere leiden schon längere Zeit an einem Krebsleiden. Der Arzt konnte ihnen weder Milderung noch Heilung bringen. Operiert konnte die Frau unseres Genossen wegen Lebensgefahr nicht werden. So gaben ihr die Ärzte noch eine Lebensdauer von höchstens fünf Monaten. Genosse Hoffmann scheute jedoch nicht, Schulden zu machen, um seine Frau am Leben zu erhalten. Sie begab sich zu dem genannten Naturheilkundigen. Und siehe da — nach kurzer Zeit waren ihre Schmerzen behoben; sie fühlt sich rüstig und kann ihrer häuslichen Arbeit ungehindert nachgehen. Nach dem Bericht der Ärzte müßte sie jedoch schon lange begraben sein, da die fünf Monate längst verstrichen sind. Trotzdem Köhler seinem Patienten wirklich geholfen und ihn über die ärztlich gestellte Grenze am Leben erhalten hat, fanden die überwertigten Ärzte bei den Gerichtsherren Entgegenkommen. Der Naturheilkundige wurde zu einer Geldstrafe von 400 Mark verurteilt.

Jahresbericht der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Weißflein. Die Kolonie veranstaltete im Jahre 1927 vier Übungsabende mit 31 Teilnehmern, vier Übungen mit 67 Teilnehmern, eine öffentliche Übung mit 170 Gästen und 39 Mitgliedern. Ein Lehrkursus wurde mit zwölf Teilnehmern veranstaltet. Die Dienstleistung war folgende: 78 Dienste mit 368 Teilnehmern und 2631 Dienststunden. Die Hilfeleistungen waren folgende: bei Wunden 158, bei Knochen- und Gelenkverletzungen 39, Arbeitsbeschäftigungen 5, Entlassungen 51, Verschiedenes 46. Transporte wurden zum Arzt 7, zur Wohnung 32, zum Krankenhaus 45 ausgeführt. Betriebsunfälle waren 54 zu verzeichnen, und zwar ereigneten sich dieselben wie folgt: vormittags bis 10 Uhr 14, bis 12 Uhr 21, bis 21 Uhr 9, bis 22 Uhr 10. Von den Verletzten waren im Alter bis zu 20 Jahren 108, bis 30 Jahre 125, bis 40 Jahre 54, bis 50 Jahre 41, bis 60 Jahre 17, und über 60 Jahre 5. Die Verletzten waren beschäftigt in folgenden Industriezweigen: Alkohol 1, Ban 18, Bergbau 52, Chemie 6, Druck 3, Feinmechanik 19, Genuß 4, Gürtel- und Schuhwerk 4, Landwirtschaft 1, Maschinenbau 5, Steine und Ziegel 17, Textil 12, Verkehr 8. Von den Verletzten waren 50 in der Orts-, 16 in Betriebs-, 79 in Knappschäfts- und 154 in keiner Krankenkasse. Wiederbelebungen wurden einmal mit Erfolg ausgeführt. Der Arzt wurde achtmal hinzugezogen.

Parteiursus in Altwasser. Dienstag, 18.30 Uhr, bei Genossen Zimmermann, Dresdener Straße 42.

Landeshut

5,25 Mark Wochenunterstützung (Arbeiterkorrespondenz)

Wie die Segnungen der von Bürgerlichen und den Sozialdemokraten geprägten Nationalisierung und des famosen Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf die Arbeitslosen und ihre Familien sich auswirken, und wie geradezu verhöhrend die ausgeübten Arbeitslosen durch die öffentliche Fürsorge versehen werden, davon einige Beispiele aus Landeshut. Anstatt, wie in zahllosen Erwerbslosenvereinigungen und durch die kommunistische Partei im Reichstage gefordert wurde, Unterstützung bis zur Arbeitsvermittlung zu geben, haben die Sozialdemokraten im trauten Verein mit den Bürgerlichen für die Befristung auf 26 Wochen gestimmt und dem Reichsarbeitsminister zu weitgehender Vollmacht in bezug auf die Gewährung der Krisenunterstützung gegeben. Die Folge davon ist, daß die übergroße Mehrzahl der Ausgeheuerteten der öffentliche Fürsorge verfällt. Wie diese Art Fürsorge sich auswirkt, haben wir bereits schon an einigen Beispielen aus den Gemeinden gezeigt. Aber in den Städten ist es auch nicht viel besser. Ein Arbeitsloser mit Frau und fünf Kindern bekommt ganze 15,12 Mark pro Woche, ein anderer mit Frau und drei Kindern 14,07 Mark, ein weiterer mit Frau und vier kleinen Kindern 15,12 Mark, davon soll die Arbeitskraft erhalten werden und die Kinder zu arbeitsfähigen Menschen heranwachsen. Wie das trotz der nebenher gewährten Milch- und Brotzulagen erreicht werden soll, wird Geheimnis des Wohlstandes und der Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses bleiben. So die Frau des Ausgeheuerteten als gering verdienende Textilarbeiterin bei der üblichen Kurzarbeit mit im Betracht kommt, ist die Unterstützung noch weit geringer. Nach einer Feststellung, die von den Arbeitslosen selbst vorgenommen wurde, beträgt für 34 von der Fürsorge betreute Arbeitslose der Stadt Landeshut — einschließlich des Verdienstes der Frauen und der Rente der Mutter eines Arbeitslosen — das Gesamtvermögen (Verdienst, Unterstützung in bar und Naturalien, 52,91 Mark, oder, da rund hundert Familienangehörige zusammenkommen, auf den Kopf 5,25 Mark pro Woche. Davon soll Wohnung, Kleidung und der Lebensunterhalt bestritten werden. Für die paar Mark müssen die Unterstützten bei Wind und Wetter jede Woche zwei Tage arbeiten. — Arbeiter, so steht und wirkt sich das Gemeinheitsgefühl in der schwerwiegendsten Form für die Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft aus. Bürgerliche und Sozialdemokraten haben diese Zustände in Ordnung, haben sie doch wiederholt alle Verbesserungsvorschläge der Kommunisten im Reich und in den Ländern niedergeschlagen. In euch liegt es nun, diesem Schandbilde ein Ende zu machen, indem ihr am 12. Februar bei den Stadtverordnetenwahlen den bürgerlichen Kapitalverbreitern und ihren Steigbügelhaltern, den Sozialdemokraten, den Fußtritt zurückgibt, den sie euch tagtäglich fäulen lassen.

Städtische Verwaltung als Arbeitgeber! Ein Arbeiter schreibt uns: Wir haben in Landeshut ein städtisches Gas- und Wasserwerk, das nach rein kapitalistischen Grundgesetzen verwaltet wird. Wie sich diese kapitalistischen Grundgesetze gegen die im Betrieb beschäftigten Proleten auswirken, davon eine kleine Kostprobe. Am 31. Januar erhielten drei Kollegen vom Betriebsleiter Fleming einen Brief in die Hand gedrückt. Darin wurde ihnen die freudliche Mitteilung gemacht, die Verwaltung vom 1. Februar ab auf ihre weitere Mitarbeit verzichtet. Zur Begründung wurde angeführt, daß wahrscheinlich in einiger Zeit ein gewisser Arbeitsmangel eintreten könnte. Es ist begreiflich, daß sich nicht nur der drei Kollegen, sondern der ganzen Belegschaft eine kollektive Empörung bemächtigte. Handelt

es sich doch um Leute, die zum Teil schon jahrelang im Betriebe tätig sind. Dazu kommt noch die Veranlassung, daß in der Arbeitsmangel die wirkliche Ursache der Kündigung ist.

Von Seiten des Betriebsrates und der Organisation ist bereits Einspruch erhoben worden.

Auch an den Magistrat ist eine Beschwerde gerichtet worden, da es die städtischen Arbeiter ablehnen, sich derart behandeln zu lassen. Die Magistratsmitglieder der Linksparteien werden einmal der Verwaltung gegenüber ein offenes Wort sprechen müssen. Den städtischen Arbeitern rufen wir zu: Stellt euch geschlossen hinter euren bewährten Betriebsrat und die stillschweigende eures Verbandes.

Löbau. Die Einquartierung ist da. Feldartillerie und Jäger besetzen unser Städtchen und die umliegenden Dörfer, um Krieg bei einem Manöver zwischen Germersdorfer Jagelände und Dittersbach städt. zu üben. Die starke Militärkapelle zeigte sich der Bürgerschaft mit stottern vaterländischen Weisen durch ein Konzert.

Niederschlesien

Görlitz

Disziplinarverfahren gegen Lehrer Hampel

Wie die bürgerliche Presse meldet, ist gegen den Lehrer Hampel ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Es war vorauszusehen, daß die Mudee bei den zuständigen Regierungsstellen mit ihrer Hege gegen Hampel Erfolg haben würden. Denn die Iheren sich wenig darum, daß 90 Prozent der Penziger Bevölkerung mit ihren Sympathien auf Seiten Hampels stehen.

Neue Dienstkleidung für die Postbeamten.

Die Reichspostverwaltung schreibt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichspostministers die Einführung einer neuen Dienstkleidung für die Beamten der Deutschen Reichspost genehmigt. Grundfarbe für Joppe und Mütze ist dunkelblau, für Hohe und Reberkleidung schwarz. Die Joppe kann künftig in zwei Formen getragen werden, entweder geschlossen, wie schon jetzt, oder offen mit Umlegezipfen in Form der Zivilanzugschläge. Die Mütze erhält künftig ein Steifband des dreiteiligen Besatzstreifens einen solchen aus dunkelblauem Samt mit orangefarbenen Vorhöfen. In der Mitte des Besatzstreifens wird vorn die Reichsfarbe (schwarzer Reichsadler mit roter Zunge und roten Fingern in goldenem Rundschilde), umgeben von einem schmalen silbernen Eisenkranz, darüber die Landesfarbe angebracht sein. Die Reberkleidung bleibt im wesentlichen unverändert. Die Achselstücke sind verschwenkt. An ihre Stelle treten einfache Grabadzeichen auf Spiegeln aus dunkelblauem Samt, die zur Kennzeichnung des Postbeamten den Reichsadler mit Posthorn und Fuchshaken aufweisen.

Das Stabesamt im Januar. Im allgemeinen sind die Monatszahlen im Monat Januar 1928 niedriger als im Januar des Vorjahres. Nur die Zahl der Geburten liegt von 92 auf 103, dagegen liegen die 39 Eheschließungen im Januar 1927 nur 28 im diesjährigen Januar gegenüber, und die Zahl der Sterbefälle hat sich sogar von 118 auf 154 gesteigert.

Unfall auf dem Schweinetransport. Eine Landwirtin aus Klein-Reudorf befand sich mit einem eben getauften Schwein auf dem Nachhausewege. Während der Fahrt gelang es dem Tier, den Deckel des Kastens, auf dem die Frau saß, hochzuheben, wodurch die Frau vom Wagen stürzte. Sie erlitt schwere Verletzungen.

Tagung der freien Schulgesellschaft, Bezirksverband Liegnitz

Die 4. Bezirksverbandstagung bewies durch zahlreiche Besuch aus allen Teilen des Regierungsbezirks, daß der Gedanke der freien Schulbewegung im vergangenen Jahre Fortschritte gemacht hat. Aus dem Geschäftsbericht des 2. Vorsitzenden ging hervor, daß der Mitgliederbestand um 50 Prozent zugenommen hat. Neugründung von Ortsgruppen, weltliche Sammelklassen und Einrichtung von Lebens-

darfbar. Die Arbeiterkassen nahen keine Rücksicht von der ganzen Anwesenheit.

— R. F. B. M. A. G. r. i. e. n. Alle Gruppenführer müssen als festen Abrechnungstermin mit dem Hauptkassierer der 5. Februar befrachten. Bei dieser Abrechnung müssen auch endgültig die noch ausstehenden Antriebsarbeiten und Zinsverrechnungen abgerechnet werden.

— R. F. B. M. A. G. r. i. e. n. In nächster Zeit findet die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt. Wahl sämtlicher Funktionäre, Bericht des Ressorts Agitation und Propaganda (Literatur) und Referat des Bezirkssekretärs Hansen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in China, seine Geschichte, die Revolution und die Bedeutung Chinas für die zukünftige Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung.

— Verichtigung. In dem Stadtverordnetenbericht vom 27. Januar, in der Nummer 27 unserer Zeitung, heißt es nicht „Der Aufstellungsplan des Gutsbezirks Miersdorf wurde vom Landrat abgelehnt“, sondern: „Der vorliegende Aufstellungsplan des Landrats wurde von den Stadtverordneten abgelehnt.“ — Zur Einquartierungsordnung heißt es in dem angeführten 28 nicht, daß ein Feldwebel oder Oberfeldwebel als je zwei Mann, Offiziere bis zum Hauptmann einschließend als je drei Mann, und vom Major an aufwärts als je vier Mann zu bewirken, sondern zu bewirken seien.

landlichen Unterricht sind als Erfolg der Werbearbeit zu buchen. Beachtlich ist besonders das Anwachsen der weltlichen Schule in Görlitz von 11 auf 16 Klassen und die Neuanmeldung von über 200 Kindern zum 1. April 1928, die in weiteren fünf Klassen untergebracht werden müssen. Nach Erstattung des Passenberichts nahm der Bundesvorsitzende, Rektor Linke (Berlin), das Wort zu einem Referat über: „Die äußere und innere Entwicklung des Bundes.“ Die Nachmittagsstunde wurde ausgefüllt durch den Vortrag des Schulrats Biehweg (Löbau) über: „Die sittliche Erziehung an weltlichen Schulen.“

Glogau

Was geht in der Glogauer SPD. und in dem Ortsauschuß vor? Am 1. d. J. wurde das Gewerkschaftssekretariat von Seiten Jablonowski kurzerhand geschlossen. Was nun im hiesigen Ortsauschuß vorgeht, bleibt ein Geheimnis. Das brauchen offenbar die Gewerkschaftsfolken nicht zu wissen. Hauptsache ist, sie bezahlen ihre Beiträge. Dem früher angestellten Fräulein wurde rechtzeitig eine Stellung als Verkäuferin besorgt, damit alles „in Ordnung“ sei. Wer bezahlt nun die Miete für die leere Bude? Hier müssen die Kartellbesorgten auf der Hut sein. Wenn Jablonowski eigenmächtig gehandelt hat, so kann er die Miete bezahlen. Hier können sie nicht sagen, die Kommunisten geschlagen alles.“ Davon sind nur einige wenige Reformisten beteiligt. Einer möchte in der Postenjägerei den anderen überbieten. Seit Jahren kann der Ortsauschuß keine praktische Arbeit für die Arbeiterbewegung aufweisen. Die Kartellbesorgten müssen endlich dazu übergehen, einen gesunden Ortsauschuß zu wählen. — Zur Schließung des Gewerkschaftsbüros wird folgendes kolportiert: Der Unterbezirkssekretär bewirbt sich um einen Magistratsangestelltenposten. Wenn er ja ankommen sollte (die Möglichkeit besteht), wird er sein Büro, das sich in seiner Villa befindet, zumachen; denn wie würde das aussehen, wenn in einer so schönen Villa ganz „einfache“ Proleten ein- und ausgingen, zumal noch sein Freund Moll als Krankenlaffendirektor bei ihm wohnt. Nun teilt sich die SPD. immer deutlicher in zwei Gruppen, die Bürgerlichen und die Arbeiter. Ein Beweis war das Wintervergügen. Alle SPD.-Größen sonderten sich vollkommen von ihren proletarischen Parteigenossen, die nicht so mit dem Daumen wackeln konnten oder keine vornehme Kleidung trugen, ganz ab. Besonders schief angesehen waren diejenigen Mitglieder, die am proletarischen Abend der KPD. teilgenommen hatten. Sozialdemokratische Arbeiter! Werkt Ihr nicht, was los ist? Macht Schluss mit diesen Leuten! Hinein in die kommunistische Partei. Lebt die „Arbeiter-Zeitung“.

Liegnitz

Großer Abtreibungsprozeß. Am Freitag begann hier ein umfangreicher Prozeß gegen fünf Frauen aus den umliegenden Kreisen, die der Abtreibung bzw. damit zusammenhängender Delikte angeklagt sind.

Biehische Mißhandlung eines Landarbeiters

Zurzeit schreien die Großagrarier wieder einmal über ihre Not und schimpfen wie die Rührer auf die Arbeitslosenunterstützung, die Schuld daran sein soll, daß sie keine Leute bekommen. Ueber die wirklichen Ursachen der „Leutenot“ auf dem Lande ist folgender Vorfall Aufschluß. Auf dem Dominium Zierowitz bei Liegnitz, das dem treuhändigen Herrn v. Zettendorf gehört, ist der Lehngärtner Peter Sassenheim (ein russischer Kriegsgefangener) beschäftigt. Dieser vertritt zurzeit den Adressat für diese Mehrleistung ganze 20 Krone pro Tag. Ferner muß er den größten Teil seiner Mittagszeit opfern. Am vorigen Sonntag befahl ihm der Schaffer Ritter während der ohnehin schon hart beschränkten Mittagszeit, Sagen zu schmeieren. Sassenheim erwiderte Sassenheim, daß er erst essen und dann die Arbeit verrichten werde. Diese Bemerkung verlegte den Schaffer in solche Wut, daß er dem Lehngärtner drohte, den Sack über den Schädel zu hauen. Dann holte er sich den Inspektor, der in ungläublicher Weise den Lehngärtner beschimpfte und ihn entließ: „Du Hund, wenn ich dir es befehle, so hau' da es zu tun.“ Dann hieb er mit dem Inspektorknüppel auf den Arbeiter ein und der Schaffer Ritter ließ ebenfalls seinen Eisenknüttel auf den Arbeiter niederfallen. Endlich rief auch dem gebuldhigen Lehngärtner die Gerechtigkeit und er verteidigte sich gegen seine Angreifer. Die Knechte des Adlerritters den linken Arm gebrauchsunfähig geschlagen. — Körper ist mit Stochschlägen überhäuft. Wir verlangen, daß der Landarbeiterverband sich des Mißhandlenden annimmt und alle Mittel ergreift, um ihn gegenüber seinen Ausbeutern zum Rechte zu verhelfen. Charakteristisch dafür, wie Leben und Gesundheit eines Landarbeiters bewertet werden, ist das Verhalten des Dr. med. Wollan in Zierowitz, der es ablehnte, dem Landarbeiter ein ärztliches Attest über die Mißhandlungen auszustellen und der erklärte: „Es ist nichts von Bedeutung, es sind ja bloß Kratzen.“

wurde von einem Fuhrwerk umgerissen, wobei er eine Kopfverletzung sowie Verletzungen im Gesicht und an den Händen erlitt. — Schwer verunglückt ist in Mienau auf der Kreisbahn Besetzung ein Arbeiter. Er stürzte die Treppen hinab und zog sich eine Wirbelsäulenverletzung zu. Der Verunglückte wurde mit dem Brieser Sanitätsauto dem Krankenhaus zugeführt.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugend-Verband**
Waldenburg-Altwasser. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Kreuz“. Ortsleitung eine halbe Stunde früher.
Görlitz. Montag 19.30 Uhr im Heim Jüdenring 15, Grundwiensturzus. Erscheinen aller Funktionäre Pflicht.
- Jung-Spartakus-Bund**
Breslau
— Gruppe Nord. Dienstag und Donnerstag 17 Uhr Zusammenkunft „Stadt Ranslau“, Matthiastraße.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
Breslau
— Abt. 1. Montag 20 Uhr in der „Eisenbahn“, Brüderstraße 79, Gruppenversammlung.
— Abt. 2. Montag 19.30 Uhr Generalversammlung, Note Jungfront ebenfalls.
— Abt. 3. Heute Montag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend.
— Abt. 4. Montag 19.30 Uhr außerordentliche Generalversammlung, „Suberiusstraße“, Friedrich-Wilh.-Str. 32. Ref. anwesend.
— Abt. 5. Montag 19.30 Uhr im „Zurmhof“ Generalmitgliederversammlung. Funktionäre 18.30 Uhr. Auch mitbringen.
— Abt. 6. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Zante. Funktionäre eine Stunde früher.
— KZB. Dienstag 20 Uhr Gesamtmitgliederversammlung bei Ueberschär, Weissenburger Platz. Fortsetzung des Kurses: „Die Frau in Sowjetrußland.“ Gäste willkommen.
- Sonstige Organisationen**
Freiburg, Rote Hilfe. Mittwoch 19.30 Uhr im „Baum“ Generalversammlung.

Mittelschlesien

Unfall. Ritter und Lind durch Kohlenoxydgas erstickt. In den Krongruben des Freitags wurde die landwirtschaftliche Arbeiterin Agnes Raterne mit ihrem vierjährigen Jahre alten Kinde in ihrer Schlafkammer tot aufgefunden. Der huzarenartige Arzt stellte als Todesursache Erstickung durch Kohlenoxydgas fest.

Unfall. Der 60 Jahre alte Kratzenpflüger Schmidt in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. Arbeiter Wilhelm Gaeber aus Pöthen in seiner Zelle erstickt. Ueber sollte am nächsten Morgen in das Arbeitshaus nach Schweidnitz überführt werden.

Bemerkung: Für den politischen Teil: Arthur Bombrowski, für „Betrieb und Betrieb“ und „Waldenburg“ Wilhelm Kiewald, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Beilagen: Alfred Thomas, Kallisch in Breslau. — Für den administrativen Teil: Felix Zentgraf, Wollan, Gieseler. Für Inserate: Dr. Gieseler.